

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 80 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 A., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 17. Oktober 1891.

Inserate die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 20 A. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Belzenstraße 12.

Der internationale Kongress für Arbeitsunfälle in Bern.

Z. Vor zwei Jahren trat in Paris zum ersten Male ein internationaler Kongress zusammen, um über die Frage der Verhütung von Unfällen, deren statistische Zusammenstellung und ihre gesetzliche Regelung hinsichtlich der Entschädigung zu verhandeln. Das positive Ergebnis des Kongresses war die Einsetzung eines permanenten Komitees in Paris, dem als Aufgabe wurde, alle einschlägigen technischen, gesetzgeberischen und statistischen Informationen zu sammeln und einleitende Schritte zur Gründung einer internationalen Unfallstatistik zu thun. In der Folge gab das Komitee ein alle 14 Tage erscheinendes Nachrichten-Organ heraus, das jetzt noch in französischer Sprache in Paris erscheint.

In Verbindung mit den schweizerischen Mitgliedern des Kongresses berief das permanente Komitee den zweiten Kongress nach der Schweiz ein, wo er vom 21. bis 26. September in Bern stattfand und wozu sich gegen 300 Teilnehmer eingefunden hatten. Vertreten waren außer der Schweiz und Frankreich noch Deutschland, Oesterreich, Italien, Rußland, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden, England und Amerika. Auf der Tagesordnung des Kongresses standen als Hauptpunkte die Berichterstattung über den Stand der Versicherungsfragen in den verschiedenen Ländern, über die Fortschritte der Unfallstatistik, über die Unfallverhütung; an die Berichte schloß sich dann eine allgemeine Diskussion an, in welcher die verschiedenen Anschauungen zum Ausdruck kamen und Geltung zu erlangen suchten. Wie der internationale Sozialisten-Kongress in Brüssel, beobachtete auch der internationale Unfallkongress die hübsche Uebung, für jede Sitzung ein anderes Bureau resp. andere Präsidenten zu bestellen.

Die Eröffnungsrede hielt Bundesrath Droz. Er ging von dem Widerspruche aus, der heute noch vielfach bezüglich der Regelung der sozialpolitischen Fragen bestehe. Auf der einen Seite stehen die Anhänger der weitestgehenden staatlichen Thätigkeit auf sozialem Gebiete, auf der anderen die Anhänger der Manchestertheorie. Dagegen, meinte der Redner, bestiehe über die Nothwendigkeit der Arbeiterversicherung selbst keinerlei Meinungsverschiedenheit mehr. Den engen Zusammenhang der Versicherung gegen Unfall- und der gegen Krankheit betonend, fuhr Herr Droz fort: Sobald man vom gemeinen Recht abgeht, wie es heute für Unfälle besteht, so führt uns die unversöhnliche Logik successive vom Satz der Hauptpflicht zu dem der allgemeinen Versicherung, von der allgemeinen Versicherung gegen Unfall zur allgemeinen Versicherung gegen Krankheit und von diesen beiden Versicherungsarten zur Versicherung gegen Invalidität und Alter, ohne von der Versicherung gegen Betriebsstillstand (Arbeitslosigkeit) zu sprechen, die noch nirgends organisiert ist, weil man

hier vor dem Unbekannten noch zurückschreckt. Es ist ein neues gemeinsames Recht oder vielmehr eine neue soziale Organisation, welche sich bildet und man kann voraussehen, daß wenige Industriestaaten sich demselben werden entziehen können.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede führte Herr Droz aus, wie man bald einsehen mußte, daß die Gesundheit der arbeitenden Klasse nicht nur durch mangelhafte Maschinen und Werkzeuge und nicht nur durch giftige Substanzen, sondern auch durch das Uebermaß der Arbeit gefährdet sei. Dies der Grund der Beschränkung der täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeit. Dann fing man an, sich mit den häuslichen Gesundheitsbedingungen und der Ernährungsweise der Arbeiterklasse zu beschäftigen und daraus ergaben sich die Bestimmungen, wie das schweizerische Fabrikgesetz sie enthält, betreffend regelmäßige Auszahlung des Lohnes, Zwischenpausen und geeignete Räume für die Mahlzeiten und verschiedene andere philanthropische Einrichtungen, die im Weiteren so viel als möglich durch die Behörden gefördert werden müssen. Das körperliche Wohlbehagen ist im Allgemeinen die Grundbedingung für die geistige Gesundheit und das moralische Gleichgewicht. Gebt dem Arbeiter normale Existenzbedingungen, sichert ihm, soweit es möglich ist, seine Zukunft und diejenige seiner Familie — das ist das hohe Ziel, dem alle Männer unserer Zeit, die das Herz auf dem rechten Fleck haben, zustreben müssen.

Von den zahlreichen am Kongress gehaltenen Vorträgen ist besonders der des Präsidenten des deutschen Reichsversicherungsamtes, des Herrn Dr. Bödiker, bemerkenswerth. Derselbe warf einen geschichtlichen Rückblick auf die Schöpfung der deutschen Unfallversicherung, die bekanntlich erst aus einer dritten Regierungsvorlage hervorging, nachdem zwei bezügliche Gesetzesentwürfe vorher vom Reichstage waren abgelehnt worden. Ueber die Frage, ob die deutsche Gesetzgebung wohlwogener und gerechter ist, meinte Herr Bödiker, ließe sich ja streiten. In Deutschland gelte auch heute noch die Meinung, daß es nur billig sei, die Arbeiter zu den Lasten der Unfallversicherung nicht heranzuziehen, zumal sie zu Krankenversicherung, welche für die ersten 13 Wochen nach dem Unfall aufkommt, Beiträge leisten. Ebenso wünscht man an der völlig kostenlosen Rechtsprechung zu Gunsten der Arbeiter und an der Entschädigung auf der zufälligen, ja selbst der durch die eigene Schuld der Arbeiter (wenn nur nicht absichtlich) herbeigeführten Unfälle nicht zu rütteln. Für diese Regelung der Dinge führt man nicht nur die Billigkeit in's Feld, indem man es für eine edle Pflicht der Besitzenden (welche diese jedoch nur sehr widerwillig erfüllen und ihnen nichts weniger als „edel“, sondern vielmehr als ebenso ungerechtfertigt wie drückend erscheint) erklärt, daß sie zu Gunsten derer, auf deren gefährlicher Arbeit ihre bessere soziale Lage zum Theil mitberuht, Opfer bringen, sondern

man hält diese Regelung auch für gerecht.

Von Interesse für uns ist die den deutschen Kapitalisten sicher nicht angenehme, von einer Autorität wie Dr. Bödiker und auf einem internationalen Kongresse vor aller Welt konstatierte, amtlich festgestellte Thatsache, daß die Unfälle, welche den Unternehmern zur Last fallen wegen mangelnder Betriebseinrichtungen, wegen des Fehlens von Schutzvorrichtungen oder wegen keiner oder ungenügender Anweisung der Arbeiter 3156 entschuldigungspflichtige Unfälle, das ist 19,76 Proz. der im Jahre 1887 beobachteten Unfälle betragen. Diesem völlig verwehrten Pflichtbewußtsein der Kapitalisten gegenüber, die meistens aus Geiz und Geldgier die nöthigsten Vorrichtungen zum Schutze der Gesundheit und des Lebens der Arbeiter anzubringen unterlassen, ist es nun bedeutsam und bemerkenswerth, was Dr. Bödiker über die gerade von dieser Seite fortwährend über die „Schlechtigkeit und sittliche Verkommenheit“ der Arbeiter erwiderten Klagen in seinem Vortrage sagte. „Daß die Arbeiter zur Aufstellung frivoler Forderungen neigten, kann keineswegs behauptet werden; auch spielt die Simulation eine ganz untergeordnete Rolle. . . Allerdings läuft natürlich auch hier wie anderswo menschliche Schwäche und Schlechtigkeit mit unter, aber nicht mehr als anderswo; die Arbeiter sind eben nicht besser, aber auch nicht schlechter als der Durchschnitt der Nation.“

Erwähnenswerth ist noch ein Vortrag des Direktors des eidgenössischen Versicherungsamtes, Dr. Kummer, der die staatliche Organisation der Unfallversicherung für die Schweiz empfiehlt und des eidgen. Fabrikinspektors Dr. Schuler, der die Berufskrankheiten unter die Arbeitsunfälle rubrizirt und auf Kosten der Geschäftsinhaber entschädigt wissen will.

Dr. Kaan aus Wien, Inspektor des versicherungstechnischen Departements im Ministerium des Innern, rühmte das territoriale System der österreichischen Unfallversicherung gegenüber den deutschen Berufsgenossenschaften und der Direktor der Arbeiterversicherungsanstalt in Prag, Dr. Haubner, betonte die Wichtigkeit der Erstellung von Arbeiterwohnungen, deren Errichtung in zweckmäßiger Gestalt vom hygienischen, ethischen und sozialen Standpunkt aus geboten sei, weshalb der Kongress auch dieser Frage seine Aufmerksamkeit schenken sollte.

Die Franzosen und Belgier, meistens Fabrikanten und Fabrikdirektoren, Direktoren und Beamte von Versicherungsgesellschaften, tummelten am Kongress bis zum Ueberdruß die alte Schindmähre von Manchester und ein Pariser Fabrikant verstieg sich sogar zu der pyramidalen Dummheit, zu behaupten, daß nach seiner Ansicht mit der staatlichen Versicherung die Unfälle nur noch zahlreicher würden. Diese französischen und belgischen Kapitalisten, die aus der Staatskrippe auf

Kosten des Volkes sich das Beste — stehlen? nein, das wäre unanständig! — „erwerben“, sie werden ganz unzurechnungsfähig, wenn der Staat für die Armen etwas thun soll! Freilich sind die Kapitalisten anderwärts nicht besser. Daß die Sympathie der Franzosen für die eben manchesterlichen Tiraden nicht im „romantischen Blute“ liegt, bewies der einzige aus Paris anwesende Vertreter der dortigen Gewerkschaftsunion, Beyssier, der für die staatliche Versicherung eintrat.

Trefflich vernichtete den Popanz des „Staatssozialismus“ — für den begeistert zu sein wir unsererseits übrigens wenig Ursache haben — der Unterstaatssekretär Dr. v. Mayr aus Straßburg, der erklärte: Ein rechter Staatssozialismus besteht darin, daß der Staat da eintritt, wo die Privatinitiative ungenügend ist.

In der Samstags-Sitzung des Kongresses gelangten die im Laufe der Verhandlungen eingegangenen Anträge und Resolutionen ohne weitere Diskussionen zur einstimmigen Annahme. Darnach soll der Kongress in Zukunft den Titel haben: „Kongress und permanentes Komitee betr. Betriebsunfälle und Sozialversicherung“ — etwas langathmig! — Ferner wird die möglichste Verhütung von Unfällen als eine gebieterische Pflicht unserer Zeit erklärt und als wünschenswerth bezeichnet, die leichten Unfälle mit der Krankenversicherung und die schweren Unfälle mit der Invaliditäts- und Altersversicherung zu verbinden, und endlich soll eine internationale umfassende und vergleichbare Unfallstatistik angefertigt werden. Der nächste Kongress wird frühestens in zwei und spätestens in vier Jahren wieder zusammentreten.

Obwohl wir weit davon entfernt sind, diesem Unfallkongress eine übertriebene Bedeutung beizulegen, so meinen wir doch, daß er zur Förderung der sozialen Gesetzgebung schließlich noch mehr beitragen dürfte, als die vorjährige offizielle internationale Berliner Konferenz, die gleich einer Sternschnuppe keine Spur von ihrer kurzen Existenz hinterlassen hat. Ein unzweifelhaft praktisches Verdienst würde sich der Unfallkongress erwerben, wenn er die Veranlassung zur Schöpfung einer brauchbaren internationalen Unfallstatistik würde.

Zum Kapitel der Arbeiterwohnungsfrage.

In der nächsten Zeit werden die Arbeiter aller Branchen ihr Augenmerk zu richten haben auf die neuesten unangesehnten Bemühungen der ultramontanen Partei, welche darauf hinarbeiten, möglichst große Arbeitermassen dadurch in ihr Schlepptau zu nehmen, daß sie dieselben mit ihren materiellen Interessen an sich fesseln. Die neuesten politischen Anstrengungen der Schwarzen sind hervorgerufen von der Enchlytika des Papstes über die Arbeiterfrage, in der er seine Getreuen auf das Ziel hingewiesen hat, welchem sie auf sozialpolitischem Gebiete entgegen zu arbeiten haben. Ein kleines

Eigentum für den Arbeiter — eine Scholle Land, die zu erwerben der Arbeiter sich sein Leben lang abquält; um bereuwillen er stets religiös und politisch fromm, bescheiden und unterwürdig sein muß und die ihm blüht, wenn er sich von den bösen Sozialdemokraten allzeit fern gehalten, oder wenn er — den Grundsatz beherzigend, daß im Himmel mehr Freude ist über einen Sünder, der Buße thut wie über 99 Gerechte, die der Buße nicht bedürfen — noch zu rechter Zeit der Umsturzpartei abschwört und die eigene kleinen egoistischen Interessen den großen allgemeinen Partei- und Menschheitsinteressen voranstellend zurücksetzt zu dem Kleinen, ach so sehr kleinen Fleischtöpfchen, das ihm die ultramontane Partei bieten kann.

Interessant und wichtig ist es nun, zu beobachten, wie die politisch jetzt gleich den Amelien thätigen Ultramontanen bei durch die Enzyklika neu inscenirten Arbeiterfang zu betreiben gedenken. Mit besonderer Wucht verlegen sie sich auf die Wohnungsfrage; unter anderem hat der Danziger Katholikentag dieser Frage eine besondere Resolution gewidmet, in welcher der Ausschuss für Soziales der katholischen Welt empfahl, den Arbeiterwohnungsverhältnissen die größte Aufmerksamkeit zu widmen. Es handle sich in dieser Frage, wie die schwarzen Herren ansführten, nicht nur um „theoretische Bildung“ dieser Angelegenheit, sondern um die praktischen Konsequenzen, welche aus der Anerkennung des Bedürfnisses der Arbeiter nach besseren Wohnungen gezogen werden müssen.

Wie bequem es sich die Ultramontanen mit der Lösung der ganzen großen sozialen Frage machen wollen, beweist ihr Ausspruch, daß die Lösung der sogenannten Arbeiterwohnungsfrage, wie sie dieselbe zu leisten vorhaben, die Lösung der halben sozialen Frage selbst sei. Sehen wir nun zu, was sie eigentlich thun wollen.

Sie denken nicht, wie die ultramontane Presse versichert, etwa nur an die Versuchung, dem Arbeiter ein menschenwürdiges Heim zu geben, sondern wollen sogleich auch bemächtigt sein, ihm ein Eigentum in der ihm selbst gehörigen Heimstätte zu verschaffen.

Die politischen Zwecke, welche sie dabei verfolgen, verleugnen sie nicht. Will man die Sozialdemokratie bekämpfen, so sagen sie selbst, dann wird man nicht umhin können, dem von jedem festen Grunde losgelösten Arbeiter einen Halt zu geben durch Ermöglichung des Eigentumserwerbs. Sie knüpfen daran die Behauptung, daß die Sozialdemokratie alle Versuche zur Sezession der Arbeiter- und auch des Mittelstandes mit Haß verfolge, weil sie wisse, daß sie dann leichtes Spiel habe, wenn die übergroße Masse des Volkes gar nichts mehr zu verlieren habe. Zum Schlusse dieser ihrer Tiraden erheben sich die ultramontanen Arbeiterfreunde zu der kühnen Behauptung, die Sozialdemokraten seien überzeugt, daß sie niemals siegen könnten, wenn ein beträchtlicher Theil der Arbeiter ein noch so kleines Stück des Grund und Bodens sein eigen nenne. Selbstverständlich ist das ein ganzes Nest voll Irrthümer. Die Sozialdemokratie steht freilich allen anderen Parteien scharf auf die Finger, daß sie die Arbeiterwohnungsfrage ebensowenig wie alle übrigen sozialpolitischen Theilfragen zu ihren Parteizwecken ausbeuten können.

Für die Häuschen und die Scholle Land, welche die Arbeiter nun erhalten können, gegen Preisgebung ihrer sozialpolitischen Selbstständigkeit, dankt die Sozialdemokratie allerdings, und daß die Arbeiter auf solchen Köder anbeissen und sich als Stimmvieh und Parteitroß für die politischen Zwecke der herrschenden Klassen einfangen lassen, das zu ver-

hindern, ist in der That die wohlverstandene Aufgabe der Sozialdemokratie.

Ob die Arbeiter wenig oder garnichts haben, ist im Prinzip für die Agitation der Sozialdemokratie selbstverständlich gleich. Jedoch steht fest, daß in der Praxis der ganz Bettelarme, der Mensch der gar nichts mehr zu verlieren hat, für den Kampf des Geistes, welchen die Sozialdemokratie anzufechten hat, am wenigsten zu gebrauchen ist. Die vollkommen allen Besitzes Beraubten, die Bettler sind, das wissen die Ultramontanen am besten, die leichteste Beute für die Almosenspenden ebenso wie für die Priester, — je mehr die Arbeiter entweder durch ihre Arbeitsfähigkeit oder durch eine Art von Besitz oder durch beides zugleich selbstständig gestellt sind, desto unabhängiger werden sie zu denken und zu handeln geneigt sein und mit umso größerer Sicherheit kann die Sozialdemokratie auf sie rechnen.

Daran aber, daß die Sozialdemokratie in vielleicht gar nicht langer Zeit zum Siege gelangt, wird nichts das mindeste geändert werden, wenn es auch den Ultramontanen gelänge, mit elliichen Tausend Arbeiterheimstätten zu erweisen, daß es nicht bloß blauer Dunst ist, was sie den Arbeitern vormachen.

Velber sprechen gerade die Erfahrungen, welche die Ultramontanen bis jetzt gemacht haben, gar nicht dafür, daß bei allen ihren Bemühungen etwas praktisches herauskommt.

Die nächstliegenden, in den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter und Arbeitgeber begründeten Schwierigkeiten, denen alle Versuche, die Arbeiter seßhaft zu machen, begegnen, sind bekannt; sie bestehen einerseits in der sehr gerechtfertigten Befürchtung der Arbeiter durch die Fesselung an die Scholle in der Auswahl der besseren Arbeitsgelegenheit und unter Umständen an dem Suchen und Finden von Arbeit überhaupt gehindert zu werden, andererseits in der gleichfalls wohlbegründeten Besorgnis der Arbeitgeber, daß ihnen die mit ihrer Hilfe seßhaft gemachten Arbeiter von der Konkurrenz gelegentlich einmal abgejagt werden.

Wie die Ultramontanen nun erfahren haben, kommt noch ein anderes und besonders schwerwiegendes Hinderniß hinzu, und dies ist deswegen vorzugsweise zu beachten, weil es beweist, wie mächtig die Klasseninteressen auch bei den Behörden von heute sind.

Die größte Schwierigkeit, so lautet die Schilderung der ultramontanen Presse, die wir hier im Auge haben, welche sich allen Bemühungen zur Sezession hindern in den Weg legt, besteht in der Beschränktheit der kommunalen Verwaltungsbehörden. Es sei unglaublich, so klagen sie, welchen Entwendungen die bestgemeinten und bestfundirten Unternehmungen begegnen. Abgesehen von kleinlicher Chikanen, mit der beispielsweise die Berliner Baugenossenschaft in Adlerhof zu kämpfen hat, wird die voraussichtliche Leistungsfähigkeit (!) des in die Gemeinde aufzunehmenden neuen Zuwachses mit einer Engherzigkeit geprüft, welche die besten Absichten lahm legt. Die Errichtung von Rentengütern wie die Einrichtung von Genossenschaftshäusern habe gleichermäße unter dieser übertriebenen engherzigen Vorsicht der Gemeindeverwaltungen zu leiden.

Wir glauben gern, daß es so ist, wissen auch, daß es nicht anders werden kann. Die Gemeindevertreter sind zusammengesetzt aus Mitgliedern der herrschenden Klassen, und diesen gegenüber ist es ihre verdammte Pflicht und Schuldigkeit, einestheils ihnen die wirtschaftlich Schwachen mit ihren lästigen Forderungen und Anliegen möglichst vom Leibe zu halten, andernteils dafür zu sorgen, daß Grund und Boden, gleichviel ob er in

kommunalen oder privaten Besitz sei, so gut wie es nur geht, rentire und an Werth beständig wachse. Sie haben daher nicht nur kein Interesse an der in's Große gehenden Gründung solcher Arbeiterheimstätten, sondern sie müssen Gegner dieser Gründungen sein, weil sich bei denselben nun einmal kein so gutes Geschäft machen läßt, wie es das Kapital verlangt. Hieran können auch die schönsten ultramontanen Bestrebungen nichts ändern — das Kapital ist religionslos, es jagt nach hohem Zins und anderem guten Kapitalprofit und an dieser unveränderlichen Eigenschaft des Kapitals müssen in der Zeit des Kapitalismus alle Versuche, die Arbeiter-Wohnungsfrage zu lösen, scheitern.

Die Lohnbewegung der Buchdruckergehilfen.

Nach der großen Bergarbeiterbewegung der letzten Jahre dürfte keine Bewegung so geeignet sein, das Augenmerk des ganzen deutschen Volkes auf sich zu lenken, als die bevorstehende Lohnbewegung der Buchdrucker.

Obgleich die Lohnverhältnisse im Buchdruckergerwerbe und namentlich den gegenwärtigen Theuerungsverhältnissen gegenüber im Allgemeinen viel zu wünschen übrig lassen, gilt doch die gegenwärtige Bewegung keiner Lohnerhöhung, sie gilt einem idealen Streben: der Verkürzung der Arbeitszeit! Prob den arbeitslosen Kollegen! ist die Devise.

Seit länger als zehn Jahren haben die Buchdrucker die größten Opfer gebracht, um ihre Arbeitslosen zu unterstützen. Nahezu 2 Millionen Mark haben die organisirten deutschen Buchdrucker allein an Unterstützungen für arbeitslose Kollegen seit der Schaffung der Institution der Arbeitslosenunterstützung im Jahre 1875 ausbezahlt. Dazu kommen noch in einem Zeitraum von 20 Jahren 800,000 Mk Unterstützungen an solche Kollegen, die wegen Lohnunterschieden die innegehabten Plätze verlassen mußten.

In der That, das sind gewaltige Ziffern und ein sprechender Beweis für das Können einer gut organisirten Arbeiterkorporation.

Angeichts dieser Leistungen ist es ohne weiteres klar, daß sich die wöchentlichen Beiträge zur Aufbringung solcher Summen nicht nach Pfennigen, sondern nach Mark bemessen. Wenn man aber den Durchschnittslohn der Buchdrucker mit den wöchentlich zu leistenden Beiträgen vergleicht, so kann es nur Verwunderung erregen, daß sie nicht schon längst zu dem einzigen Mittel, diese Lasten zu vermindern, nämlich zur Verkürzung der Arbeitszeit, durch welche die arbeitslosen Kollegen untergebracht und dadurch die Ausgaben für die Arbeitslosen herabgemindert werden, gegriffen haben.

Die Verkürzung der Arbeitszeit ist denn auch seit einem Jahrzehnt unausgesetzt das Ziel der Buchdruckerbewegung gewesen. Wenn es noch nicht früher zu bestimmten Forderungen nach dieser Seite hin kam, so hatte das seinen Grund darin, daß die Provinzkollegen sich nur allmählich von der Nothwendigkeit einer solchen Forderung überzeugen konnten, ohne dieselben war aber keine Aussicht auf Gelingen.

Heute stehen hinter dieser Forderung nahezu 18,000 organisirte Buchdrucker, fest entschlossen, sich unter allen Umständen eine kürzere Arbeitszeit zu erkämpfen. Und ist diese Einmütigkeit zu verwundern, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Mitglieder der Buchdruckerorganisation im Jahre 1890 250,000 Tage konditionslos waren, was einer ununterbrochenen Konditionslosigkeit von etwa 700 Gehilfen, ungerichtet der von den (ca. 17,000) Nichtmitgliedern konditionslos verbrachten Zeit, gleichkommt? Während der Sommermonate liegen etwa

3000 Arbeitslose auf den Landstraßen und in den größeren Druckstädten.

Außer diesen nackten Thatfachen muß auch die Haltung der Prinzipale die Entschlossenheit der Gehilfenschaft mächtig fördern. Während dieselben emsig beschäftigt sind, den in dem deutschen Buchdrucker-Tarif, welcher nach beiderseitiger Vereinbarung die Lohnverhältnisse und die Arbeitszeit regelt, bestehenden Vertrag zu brechen, indem sie, wie in Leipzig, die Führer der Gehilfenbewegung maßregeln, verlangen sie jedoch von den Gehilfen die strikteste Einhaltung des Vertrages. Die größeren Druckereien ergänzen schon seit Wochen ihren Gehilfenstand aus den Reihen der der organisirten Gehilfenschaft nicht angehörigen Elemente. Allerdings ist diese Maßregel nicht gerade zum Nachtheil der organisirten Gehilfenschaft. So zahlreich sind die Nichtvereinsmitglieder nicht, um alle Plätze auszufüllen. Da nun diejenigen Prinzipale, welche sich nicht rechtzeitig mit den nöthigen Mannschaften versehen haben, im Falle eines Anstandes ohne Arbeiter sind, so sind sie vom ersten Augenblick an auf die anständigen Gehilfen angewiesen, und das wird wie Anno 72 der Anfang vom Ende der Bewegung sein.

Im Jahre 1878 erkämpften sich die organisirten Gehilfen, damals 7000 Mitglieder stark, den deutschen Buchdrucker-Tarif und mit ihm die zehnstündige Arbeitszeit. Nach einigen Kürzungen dieses Tarifs in den Jahren 1876 und 1878, welchen sich die Gehilfenschaft wegen des überfüllten Arbeitsmarktes nicht entziehen konnte, fanden erst im Jahre 1886 und zuletzt 1890 geringe Aufbesserungen statt, welche sich im Allgemeinen nicht über das Niveau des 7er Tarifs erhoben. Und auch gegenwärtig soll der Lohnarif nicht mehr erhöht werden, als durch die verkürzte Arbeitszeit sich nöthig macht.

Wir stehen unter solchen Verhältnissen die deutschen Arbeiter der Buchdruckerbewegung gegenüber? Wir glauben die Buchdrucker im Vorhinein nicht nur der allgemeinsten Sympathie, sondern auch der thätigsten Unterstützung aller derjenigen Arbeiter versichern zu können, welche die achtstündige Arbeitszeit zum Lösungswort erkoren haben.

Daß aber die Forderung nicht nur in den Kreisen der Prinzipale, sondern überhaupt in den Kreisen der Kapitalisten auf Widerstand stößt, ist selbstverständlich. So hat Herr Eugen Richter in seiner „Freisinnigen Zeitung“ die Lohnbewegung der Buchdrucker — bis jetzt! — in nicht weniger als vier Zeitartikeln in abfälliger Weise beleuchtet. Wie er sich zu der Frage stellt, ist nach den freisinnigen Theorien leicht ventbar. Auf der einen Seite halten die Buchdruckerbesitzer unter den mißlichen Verhältnissen eine durch die Verkürzung der Arbeitszeit entstehende Belastung nicht aus, dann aber würde die gehilfenfeindlich zur Schau getragene Brüderlichkeit und Humanität nur dann der Wirklichkeit entsprechen, wenn sie mit der Verkürzung der Arbeitszeit sich auch eine entsprechende Verkürzung des Lohnes gefallen ließen. Die freisinnige manchesterliche Doktrin wird überall dort, wo diese neueste volkswirtschaftliche Weisheit des großen Irrlehrers bekannt wird, ein allgemeines Lohngelächter hervorrufen. Der erste Einwand aber ist widerlegt durch die tatsächlichen Verhältnisse. Das Buchdruckergerwerbe hat sich nicht nur riesig entwickelt, sondern es hat auch den Prinzipalen hübsche Entbehrungslöhne eingebracht.

Wie sich die Prinzipalität zu der Bewegung stellt, geht zur Evidenz daraus hervor, daß sich bei der am 6. Oktober in Leipzig zusammengetretenen Tarif-Kommission deutscher Buchdrucker, einer auf Grund des Tarifs geschaffenen Institution, welche aus zwölf Prinzipals- und zwölf Gehilfenvertretern aus ganz

Deutschland besteht und auf Antrag den Lohnsatz zu revidieren hat, von dem 49 Paragraphen umfassenden Tarif nicht weniger als 30 nach rückwärts, d. h. zum Nachteil der Gehilfen zu revidieren beantragt hat.

Nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge läßt sich voraussagen, daß die Prinzipale sich der Verkürzung der Arbeitszeit ebenso ablehnend gegenüber verhalten, wie die Gehilfen einmütig dieselbe durchzusetzen gewillt sind.

Der alte Tarif würde dann am 30. Dezember d. J. ablaufen, so daß wir am 1. Januar vor einer Lohnbewegung stehen, die, wie Eingangs erwähnt, nicht nur ebensolch Mißsehen erregen dürfte wie die Bergarbeiterbewegung, sondern eben denselben Sympathien bei den deutschen Arbeitern sowie auch bei den ausländischen Berufsgenossen der Buchdrucker begegnen wird.

Die in voriger Woche in Leipzig gepflogenen Verhandlungen der Tarifkommission sind resultatlos verlaufen, die Prinzipale lehnten eine Verkürzung der Arbeitszeit ab und wollten nur eine 7 1/2proz. Lohnerhöhung bewilligen; die Gehilfen blieben auf ihrer Forderung bestehen. Nachdem konstatiert war, daß keine Einigung zu erzielen, erklärte der Vertreter der Prinzipale, Herr Klunkhardt, daß für sie der bisherige Tarif auch nach dem 31. Dezember noch Gültigkeit habe und daß jeder Prinzipal, der denselben bezahle, als tarifstreu zu gelten habe. Der Vertreter der Gehilfen, Herr Döblin, gab darauf die Erklärung, daß der bestehende Tarif auch ferner die Grundlage der Entlohnung ist, daß hingegen die Gehilfen, wenn noch weitere Maßregelungen erfolgen, geeignete Schritte verfolgen werden.

Mit dieser Erklärung verzichteten die Gehilfen nicht auf ihre Forderungen, es ist für sie nur eine Frage der Taktik, wenn sie die Arbeit nicht gleich niederlegen. Die Prinzipalität wünschte dieses, da jetzt flauere Geschäftszeit ist. Die Gehilfen wollen aber nicht auf Bestellung streiken, sondern wenn sie selbst die Zeit für gekommen erachten.

Eine neue Aufgabe der Gewerkschaften

behandelt die „Frank. Tagespost“. Sie weist darauf hin, daß die deutschen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in eine Periode der Umgestaltung, zum Teil der Neubildung, eingetreten sind, nicht ihrem Wesen, sondern ihrer Form nach. In ihrem Wesen kann sich nichts ändern, so lange die heutige Gesellschaft, so lange die kapitalistische Produktionsweise existiert. Ihre Aufgabe ist und bleibt es, unter den heutigen Wirtschaftsverhältnissen nicht nur die möglichst günstigen Lebensbedingungen für die Arbeiterklasse herauszuschlagen, die Kämpfe der letzteren gegen die Klasse der Kapitalisten zu führen, sondern das gesamte arbeitende Volk durch entsprechende aufklärende und organisierte Tätigkeit fähig zu machen, die Produktionsweise der Zukunft selbstständig in die Hand zu nehmen.

Die erwähnte Umbildung, die sich heute vollzieht, die Angesichts der fortschreitenden Konzentration der kapitalistischen Kräfte mit Notwendigkeit sich vollziehen muß, erstreckt sich auf die Form, auf die Art der Organisation; sie ist eine Frage der Taktik. Mit ihr beschäftigt sich das Münchener Arbeiterorgan nur, insofern nachzuweisen ist, daß infolge derjenigen Gesetzgebung in Deutschland, die man — nach unserer Ansicht allerdings sehr mit Unrecht — gewöhnlich als „Sozialreform“, neuerdings auch als „Arbeiterchutz“ bezeichnet, neue Aufgaben für die Gewerkschaften entstehen, Aufgaben, denen sie sich auf die Dauer nicht entziehen können, die zur neuen Taktik ge-

hören, obwohl sie eigentlich schon in den die Bestrebungen der Fachverbände umschreibenden älteren Statuten ihre Begründung finden.

Es handelt sich um den Begriff des Rechtschutzes, der von allen Gewerkschaften deren Mitgliedern statutengemäß zugesagt wird. Bis jetzt erstreckte sich der Rechtsschutz hauptsächlich auf Klagen, die aus Lohnstreitigkeiten zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern entstanden, und auf Haftpflichtprozesse. Seit mehr als einem halben Jahrzehnt ist nun für die meisten Arbeitsunfälle an Stelle des Haftpflichtgesetzes die Wirksamkeit des Unfallversicherungsgesetzes getreten, die Haftpflichtprozesse haben allmählich aufgehört, nur bei Unfällen im Eisenbahnbetrieb findet das ältere Gesetz noch ab und zu Anwendung für Arbeiter und Bedienstete. Man hat sich in gesetzgeberischen Kreisen bekanntlich mit der Hoffnung getragen, daß mit Einführung des Unfallversicherungsgesetzes die vielen Prozesse um Anerkennung der Entschädigungsansprüche Verunglückter oder um die Feststellung der Renten aufhören würden. Diese Erwartung hat sich jedoch nicht erfüllt; die Berufsgenossenschaften, diese staatlich privilegierten Kapitalistenzünfte, weigern sich häufig noch hartnäckiger, die Rechte der verunglückten Arbeiter anzuerkennen, als dies früher die Versicherungs-Gesellschaften gethan haben. Es ist ja bekannt, wie geradezu skandalös sich manche Genossenschafts-Verwaltungen bei Festsetzung der Renten für theilweise Erwerbsunfähigkeit benehmen; wie sie auch bei Todesfällen häufig alle Hebel in Bewegung setzen, um ihre Verbindlichkeit den Hinterbliebenen der Verunglückten gegenüber abzustreiten. Dies hat zur Folge, daß die geschädigten Arbeiter in zahlreichen Fällen die Schiedsgerichte und auch das Reichsversicherungsamt in Anspruch nehmen müssen. An Stelle der Zivilprozesse bei den Landgerichten und dem früheren Reichsoberhandelsgericht in Leipzig, dem jetzigen Reichsgericht, ist das schiedsgerichtliche Verfahren getreten, bei welchem die rechtsuchenden Arbeiter meist noch länger herangezogen werden, wie bei dem früheren Prozeßverfahren. Während sich nun bei letzterem leicht Advokaten, Rechtsanwälte fanden, welche die Prozesse der Arbeiter gegen die Versicherungsgesellschaften führten, kommt bei dem gegenwärtigen Verfahren viel seltener eine Vertretung durch Rechtskundige vor. Es ist wenig dabei zu verdienen und die Herren Anwälte nehmen sich daher vielfach gar nicht die Mühe, sich in die Vorschriften des komplizierten Gesetzes einzuarbeiten. Es ist in zahlreichen Fällen schon vorgekommen, daß Rechtsanwälte es abgelehnt haben, die Vertretung in Unfallsachen zu übernehmen; wo sie eine solche doch übernahmen, haben die Arbeiter mitunter eine recht wenig zweckentsprechende Vertretung gefunden.

Die Organe der Berufsgenossenschaften nehmen aus naheliegenden, wenn auch nicht zu billigen Gründen, selten genug Veranlassung, die Arbeiter über das, was sie zu beanspruchen und welche Schritte sie zu thun haben, aufzuklären. Die Organe der Behörden, namentlich auf dem Lande, wissen bedauerlicherweise oft selbst nicht, was zu thun ist, so daß die Verunglückten häufig genug ohne jeglichen Rath und Beistand dastehen. In Städten nun, in denen Arbeiterzeitungen vorhanden sind, wissen die Verunglückten, daß sie sich vertrauensvoll an die Redakteure und sonstigen Angestellten dieser Blätter um Rath in solchen Fragen wenden können. Es wird den Hülfsuchenden nicht nur bereitwillig Auskunft über die Bestimmungen des Gesetzes und die zu ergreifenden Maßnahmen zur Erlangung der Rente zc. erteilt, sondern es werden ihnen in den meisten Fällen auch gleich

die Beschwerdechriften — selbstverständlich mündlich — gefertigt, und auch, wo es irgend geht, die Vertretung der Geschädigten vor den Schiedsgerichten übernommen.

Nun sind die Leiter der Arbeiterblätter gewiß allenthalben gerne bereit, den Arbeitern, die auf dem Schlachtfeld der Industrie zu Schaden gekommen sind, nach der geschilderten Richtung hin helfend zur Seite zu stehen; ja, es wird wohl in den meisten Fällen nicht darnach gefragt, ob der Hülfsuchende ein Gesinnungsgenosse oder auch nur Abonnent des Blattes ist, sondern es wird eben Jedem geholfen, der da kommt. — Aber auf die Dauer können die Redaktionen diese Arbeit nicht mehr leisten. Dieselbe nimmt, je länger das Gesetz in Kraft ist und in der bekannten lebenswürdigen und „arbeiterfreundlichen“ Weise ausgelegt wird, einen Umfang an, daß in größeren Städten die vollständige Arbeitskraft eines in der Sache bewanderten Mannes dazu gehört, um allen Gesuchen entsprechen zu können. So ist es bei uns und so wird es wohl allenthalben in den großen Fabrikkästen und sonstigen Industriezentren sein. Neuerdings kommt auch nun noch die Auskunftertheilung in Sachen der Invaliditäts- und Altersversicherung hinzu. Dieselbe ist jetzt, im Uebergangsstadium, noch nicht allzu belastend; sobald aber einmal die Bestimmungen speziell über die Invaliditätsversicherung vollständig in Kraft getreten sein werden, wird sich auch auf diesem Gebiete die Arbeit derart häufen, daß die Redakteure der Arbeiterblätter und die sonstigen bekannteren Parteigenossen, welche gleichfalls in solchen Fragen häufig angerufen werden, einfach nicht mehr im Stande sind, dieselbe zu leisten.

Und hier beginnt die neue Aufgabe der Gewerkschaften, von der wir oben sprachen. Die Gewerkschaften haben ihren Mitgliedern Rechtsschutz zu gewähren. Derselbe muß über die eigentliche Prozeßführung hinaus namentlich auf die Auskunftertheilung und die Vertretung vor den Genossenschaftsvorständen erstreckt werden, durch welche in vielen Fällen das Schiedsgerichtsverfahren überflüssig gemacht werden kann. Dazu müssen seitens der Gewerkschaften besondere Institutionen eingerichtet werden, sei es, daß man gemeinsame Sekretariate mit besoldeten Leitern errichtet, welche vielleicht (nicht notwendigerweise) den Arbeitsnachweis, die Wanderunterstützung zc. mit besorgen können; sei es, daß man einen juristisch gebildeten oder sonst genügend kundigen Mann anstellt, der die sämtlichen Hülfsuchenden zu instruieren und deren Beschwerdechriften zu fertigen hätte.

Da die gewerkschaftlichen Vereine den Rechtsschutz nur ihren Mitgliedern zu Theil werden lassen, so wären selbstverständlich alle diejenigen, die mit einem Gesuch in Unfall- oder anderen Versicherungsfragen an das Auskunfts-Bureau kommen, zunächst über ihre Zugehörigkeit zu einer Organisation zu examinieren und würde Jeder, der einer solchen nicht angehört, zu veranlassen sein, zuerst seiner Gewerkschaft beizutreten, ehe ihm irgend welche Hilfe geleistet wird. Daß dadurch eine große Anzahl jetzt noch indifferenter Leute der Organisationen zugeführt werden würde, bedarf wohl keiner ausführlichen Beweisführung. Wir verkennen keineswegs, daß die hier angeregte Sache mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft ist, aber sie ist sehr wohl durchführbar und sie ist außerdem eine äußerst dringende Frage. Ueber das „Wie“ ließe sich wohl unschwer eine Einigung erzielen. Alle in der Gewerkschaftsbewegung praktisch thätigen Genossen werden gewiß zugestehen, daß die Organisationen auf diesem Gebiete eine sehr fruchtbringende Thätigkeit entwickeln könnten und daß dieselbe nützlicher wäre, als diverse andere Dinge,

mit denen manche Gewerkschaften sich gegenwärtig in höchst überflüssiger Weise befassen.

Die Gewinnbetheiligung der Arbeiter.

Im August vorigen Jahres machte eine Notiz die Kunde durch die Presse, daß die Halle'sche Maschinen-Fabrik und Eisengießerei-Aktiengesellschaft das System der Gewinnbetheiligung eingeführt habe. Die Unternehmerorgane stießen bei dieser Gelegenheit mit vollen Baden in die Besinne der Arbeiterfreundlichkeit. Wir haben schon damals den Schwundel, der mit diesem Gewinnbetheiligungssystem getrieben wird, belächelt. Heute sind wir nun in der Lage, durch ein Kapitalistenorgan zu beweisen, daß dieses System nur im Interesse der Unternehmer gelegen ist. Die „Handels- und Gewerbezeitung“ enthält darüber einen längeren Artikel, aus welchem wir nach der „Eisen-Zeitung“ die markantesten Stellen wiedergeben wollen. Die Ausführungen sind allerdings sehr gewunden, es muß dem Artikelschreiber jauer angekommen sein, einerseits den „Nutzen“ dieses Systems für den Arbeiter, andererseits für den Fabrikanten darzutun. Doch man urtheile; unser Artikelschreiber läßt sich also vernehmen:

„Für den Arbeiter wird ja mit der Thatsache, daß er zu irgend welchem Theile an dem Gewinne partizipirt — ohne seines Lohnes verlustig zu werden und ohne die Gefahren des Unternehmertums zu riskiren — der böse Keld hinweggeräumt, auf welchen die Agitatoren spekuliren, und der dem Arbeiter stets in gänzlich entstellter Weise die bevorzugte Stellung des Unternehmers darstellt. Für den Arbeitgeber, für den die Gewinnbetheiligung, wenn auch ethisch schön, doch materiell wie eine Opferung seines Interesses, seines Vortheils erscheint, liegt indes auch materiell keine faktisch erhebliche Einbuße vor, da andererseits der Gewinn höchst wahrscheinlich durch das günstig veränderte Verhalten der Arbeiter ein weit höheres wird. Daß dem so ist, hat sich in der Wirklichkeit bei praktischen Beispielen vielfach bewährt, liegt übrigens auch theoretisch so klar in der Grundidee, daß Jemand seines eigenen Vortheils wegen mehr leiste als ohne denselben, daß es nutzlos ist, hierüber ein Wort zu verlieren. Wenn inbezug diese Grundgedanken so unzweifelhaft richtig erscheinen, so daß die Gewinnbetheiligung der Arbeiter für diese letzteren und nicht minder für die Arbeitgeber moralisch und materiell die beste Lösung aller Differenzen wäre, dann entstehen in konsequenter Logik zwei Fragen:

Die eine ist diejenige: weshalb die Gewinnbetheiligung der Arbeiter doch noch so vereinzelt vorkommt und nicht, namentlich zur Vermeidung der gefährlichen gemeinschaftlichen Streiks, zum allgemeinen System des Arbeitsvertrages geworden ist?

Die zweite ist diejenige: weshalb die Gewinnbetheiligung schon so vielfach mißglückt und, trotz ethisch gemeinten und ehrlich durchgeführten Versuchs, wieder aufgehoben wurde?

„Auf die erste Frage antworten wir, daß die Idee der Gewinnbetheiligung der Arbeiter, selbst wenn sie durchaus richtig sein sollte, nicht so einfach als das unbedingt Beste sich darstellt, sondern immerhin sich langam ihr Terrain, sich allmählich den Sieg erkämpfen muß. Dazu gehört vor Allem auch eine entsprechende korrekte Auffassung der einschlägigen Verhältnisse und zwar auf beiden Seiten. Es wäre u. a. B. insofern es vielfach wirklich geschah, es ist grundfalsch, in der Gewinnbetheiligung ein neues, weltbeglückendes Prinzip und Heilmittel aller sozialen Schäden, geschweige denn in derselben eine absolute Forderung der Gerechtigkeit zu erblicken. Der Arbeitgeber muß ein freiwilliges Aufgeben eines Theils seines Gewinnes als ein Entgegenkommen dem Arbeiter gegenüber zum Zwecke des sozialen Friedens betrachten, das ihm theilweise, abgesehen von dem Segen des letzteren, durch Erzielung eines höheren Gesamtgewinnes ersetzt wird. Der Arbeiter muß in der Gewinnbetheiligung einen ihm aus Wohlwollen dargebotenen Vortheil erblicken, für den er sich durch Erhöhung seiner Leistungen im gemeinschaftlichen Interesse dankbar zu erweisen hat. Zur Verallgemeinerung solcher Anschauungen müssen indes Arbeitgeber und Arbeiter erst erzogen werden, namentlich durch praktische Musterbeispiele, zum Theil auch durch die eigene Erfahrung schmerzlicher Differenzen, welche um jeden Preis für die Zukunft zu vermeiden wären.

Die zweite Frage betrifft das häufige Mißlingen der Gewinnbetheiligung der Arbeiter in der Praxis. Es hatte verschiedene Gründe, unter welchen selbstverständlich das

Ausschließen eines Gewinnes am häufigsten zur Befriedigung des Systems führte. Auch die Art der Berechnung, ihre willkürliche Aufstellung, und anderweitige Differenzen führten dazu. Der wunderbarste Fall, der sich ereignete, war wohl das Entstehen der Gewinnbeiträge durch einen besonders guten Geschäftsgang. Dieser letztere Fall, welcher die Firma S. Brigg's, Sohn u. Co. einfließt, ereignete sich dadurch, daß, nachdem die Böhne, wie bei allen Konjunkturzeiten, stark erhöht wurden, auch die Kapitalgüter ebenfalls und in gleicher Weise erhöht wurden und bei Niedergang der Böhne nicht zugleich herabgingen. Es folgte Streik der Arbeiter und — das Aufgeben der Gewinnbeiträge.

Es ist aber nicht zu verkennen, daß dem Partizipationsgedanken viele Schwierigkeiten und Bedenkllichkeiten entgegenstehen. Dem Arbeitgeber wird der Verzicht auf einen größeren Teil des Gewinnes, zumal bei blühendem Geschäft, stets als ein schweres Opfer erscheinen, dessen Rechtfertigung immerhin dem krassen Egoismus schwer wird. Dem Arbeiter, dem die Herabsetzung des Betrages auf einen verhältnismäßig geringen Anteil, so wie die willkürliche Berechnung seitens des ober der Unternehmer ein erhebliches Interesse überhaupt nicht gewähren würde, nimmt das Ausschließen seines Bonus stets das Interesse. Er wird alsdann leicht die Erzielung höherer Löhne durch die üblichen, leider fast zur Regel erhobenen Kampfmittel als etwas Besseres ansehen, als die friedliche Ergründung.

Dem Verfasser dieser Ausführungen muß man wirklich „dankebar“ sein für die Offenheit, womit er die „Grundideen“ des Gewinnbeitragsystems darlegt. Höherer Gewinn soll dadurch erzielt werden, welcher nicht. Meiner ist der Gassus, daß der Arbeitgeber zum scheinbar freiwilligen Aufgeben eines Teils seines Gewinnes im Interesse „der Erzielung eines höheren Gesamtgewinns“, und der Arbeiter dazu „erzogen“ werden soll, sich für einen „aus Wohlwollen“ dargebotenen „Vorteil“ durch „Erhöhung der Leistungen“ „dankebar“ zu erweisen. Ebenso lobbar ist das Gesandnis, daß die Unternehmer, wenn sie dieses System wirklich einführen, die Arbeiter durch willkürliche Berechnung einfach um den „dargebotenen Vorteil“ prellten. Der Verfasser scheint also „hine Seute“ genau zu kennen. Für uns sind seine Gesandnisse ja nichts Neues, allein in denjenigen Arbeiterkreisen, welche noch in der „Harmoniebewusstseins“ befangen sind, dürften sie sehr ernüchternd wirken.

Korrespondenzen.

Formen.

Aachen. Berichtigung. Die in voriger Nummer unter „Metallarbeiter“ erwähnte Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes ist eine „Sektion der Formen“ mit 24 Mitgliedern.

Dinklage. Am 27. September traten die hiesigen Genossen behufs Gründung einer Verwaltungsstelle zusammen. Nachdem die Statuten des Verbandes verlesen und der Zweck desselben erläutert war, wurde zur Vorstandswahl geschritten. Zum Bevollmächtigten wurde Formner Otto Koffroth, zum Kassier und Schriftführer Dreher Joseph Müller und zu Redatoren Engelhardt, Möders und Knorr gewählt. Als Versammlungstag wurde jeder erste Sonntag im Monat bestimmt. Das Unterstützungsgeld für durchreisende Kollegen ist in der Zeit von 12—1 Uhr Mittags und von 7—9 Uhr Abends beim Kassier zu erheben.

Münsterberg. Die Sektion der Formen des Metallarbeiter-Verbandes hielt am 27. September im Gasthaus zum „Wilde Mann“ in Böhrd ihre ordentliche Mitglieder-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1) Genehmigung des Protokolls. 2) Arbeitsnachweis. 3) Diskussion geistlicher Anträge. 4) Verschiedenes. Vorsitzender Oppelen eröffnete die Versammlung und gab nach Ablesung des Protokolls bekannt, daß Kollege Breitshuh den Arbeitsnachweis nicht mehr führen könne, wenn er nicht in seine Privatwohnung verlegt werde. Er gab bekannt, daß in kurzer Zeit so wie so der Zentralarbeitsnachweis in Kraft treten und sollten sich die Kollegen ausdrücken, wie sie sich zu demselben verhalten. Nach kurzer Debatte wurde dem Kollegen Breitshuh bis zur Eröffnung des Zentralarbeitsnachweises der bisherige in die Hand (und zwar in Privat) gegeben. Ebenfalls wurde eventuell der Anschlag an den Zentralarbeitsnachweis mit großer Majorität anerkannt. Zum dritten Punkt wurde der Antrag Hofbauer, welcher lautet: „Denjenigen Kollegen, welche ohne Verlaub den entlassen, gewahrt worden und keine weitere Beschäftigung hier finden, keine Kranken- oder sonstige Unterstützung bezogen haben, soll eine Unterstützung von 5 M aus dem vor-

handenen Sektions-Vermögen ausbezahlt werden“, von mehreren Kollegen beschied nicht akzeptiert, weil dieselben vom Verband bei Reise und Maßregelung unterstützt werden. Der Antrag wurde verworfen. Der Antrag des Kollegen Zeh: „Die Verwaltung möge beschließen, daß der Verwaltung folgende Gratifikation genehmigt werde: dem Bevollmächtigten und Kassier je 4 M, dem Schriftführer 2 M“ wurde verlesen, er soll öffentlich bekannt gemacht und der nächsten Mitglieder-Versammlung unterbreitet werden. Zum Verschiedenen stellt Kollege Tag die Anfrage, ob diejenigen Kollegen, welche vor dem Inkrafttreten des Verbandes (1. August) zur Werbung (Mandate) einberufen waren, die gleichen Rechte besitzen. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß nichts Definitives in den Statuten enthalten und er den Verbands-Vorstand über diesen Punkt benachrichtigen werde. Ferner soll den ausländischen Kollegen, welche sich ausweisen können, einer Organisation angehört zu haben, M 1,50 ausbezahlt werden, welcher Antrag angenommen wurde.

Wolgast (Pommern). Alle reisenden Formen werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, die hiesige Gießerei von Art h u r K o h l zu meiden. Von dieser Firma werden erst große Versprechungen gemacht und dann nur ein Tagelohn von M 2,50 bei 11 stündiger Arbeitszeit bezahlt. Die Behandlung läßt auch Alles zu wünschen übrig.

Wien. Zum Streit bei Pastree in Simring. In der Angelegenheit der Streikenden hat insofern eine Veränderung stattgefunden, als die bisher Streikenden zu Ausgesperrten geworden sind. Nicht nur, daß sich Herr Pastree nach wie vor weigert, sich mit seinen Arbeitern in Unterhandlungen einzulassen, hat derselbe erklärt, überhaupt keinen von ihnen mehr in Arbeit zu nehmen, und zu allem Ueberflus entbietet er sich nicht, die Gießereibesitzer in Wien und Umgebung mittels Zirkular aufzufordern, den „ehemaligen“ Pastree'schen Arbeitern keine Arbeit zu geben. Dieses leichtgeschilberte, nicht genug zu verdamnende Vorgehen wird Herr Pastree, wie wir hören, vor Gericht zu verantworten haben. Der Zugang ist streng fernzuhalten.

Selbgießer und Gütler.

Hamburg. Am Sonnabend, 27. September, tagte bei Diehl eine öffentliche Formen-Versammlung mit der Tagesordnung: Gründung einer Zählstelle des Zentralvereins der Formen und aller in Eisen- und Metallgießereien beschäftigten Arbeiter. Troßdem die Formen recht häufig unter sich sein wollten, um die Metallgießer (Selbgießer) zu organisieren, war die hiesige Sektion der in Selbgießereien u. s. w. beschäftigten Arbeiter in einer Stärke von 60 bis 70 Personen erschienen, um auch ein Wort mitzusprechen. Nach der Bureauwahl wurde vom Vorsitzenden Münzner der Zweck der Versammlung erklärt und die Meinung ausgesprochen, daß die Gründung einer Zählstelle wohl selbstverständlich und deshalb nicht viel zu sagen sein; er sollte aber doch halb anderer Meinung werden, denn Alex (Metallgießer) meldete sich zum Wort und führte ungefähr Folgendes aus: Die heutige Tagesordnung bedinge nicht nur für die Formen, sondern auch für die Metallgießer das größte Interesse; wüßten müßte man sich, daß die hiesigen Formen, welche doch auf dem orthodoxen Standpunkt der Branchenzentralisation stehen, diesen Standpunkt verlassen und ohne die Zustimmung der Metallgießer dieselben organisieren wollen. Redner bestritt den Formern das Recht einzugreifen in die Rechte der Metallgießer, welche ohnehin am hiesigen Orte Jahre lang organisiert sind, und es sicher nicht im Interesse der Arbeiter liege, sich gegenseitig zu bekämpfen. Das beweisen die zahlreichen Fälle, wo mehrere Organisationen einer Branche existieren. Man belege sich über Vergewaltigung und begehe selbst Vergewaltigung. Auch kritisierte Redner das Verhalten der Formen zum Metallarbeiter-Kongress und ersucht zum Schluß, im Interesse des Friedens die Errichtung einer Zählstelle mit dem Anhang: „und in Metallgießereien beschäftigten Arbeiter“ abzuschließen. Diese Aeußerungen riefen heftige Entgegnungen der Formen hervor; Münzner, Winter, Müller, Klausen und Andere erklärten, daß es ihnen gar nicht einfallt, der hiesigen Organisation der Selbgießer zu schaden, sondern daß sie nur die in Metallgießereien beschäftigten Arbeiter organisieren wollen, welche keiner Organisation angehören. (Wie aufmerksam!) Auch arbeiten viele Formen in Metallgießereien, welche sich uns (den Metallgießern) nicht anschließen wollen, der Zentralverein hat diesen Titel, deswegen müße er ihn in Hamburg auch haben, die Selbgießer hätten im übrigen Deutschland noch nichts für die Organisation getan, deswegen müßten die Formen es thun. Schulz (Selbgießer) tritt der Ansicht von Alex bei, bedauert gleichfalls die Stellung der Formen, welche beweise, daß es streng zu unterscheidende Branchen unter den Metallarbeitern nicht gäbe, und beweist Redner, daß wir wohl

über Geld noch Zeit geschenkt haben, die Selbgießer und Gütler zu organisieren. Nachdem die Formen ihrem Herzen Luft gemacht, wurde Schluß der Rednerliste angenommen. Die vier letzten Redner (Formen) ließen es sich nicht nehmen, ihre Stellung im reinsten Licht erscheinen zu lassen, und war es Alex nur noch möglich, auf einige Anpassungen in einer persönlichen Bemerkung zu antworten. Bei der nun folgenden Abstimmung wurde vom Vorsitzenden einfach erklärt, die Majorität sei für Errichtung einer Zählstelle. Nach heftigen Widerspruch wurde nochmalige Abstimmung verlangt. Müller erklärte, die Metallgießer haben kein Recht mitzustimmen, dies Verhalten verdient angeklagt zu werden. Schulz weist diese Bevormundung zurück, die Metallgießer haben dasselbe Recht zu stimmen wie die Formen. Vom Vorstandstisch wird erklärt: Auch wenn sich die Majorität gegen die Zählstelle erklärt, gegründet wird doch eine, worauf von Schulz auf das Auslöse der ferneren Abstimmungen hingewiesen wird, und empfahl er den Metallgießern, an den ferneren Abstimmungen nicht mehr Teil zu nehmen, worauf auch die Metallgießer den Saal verließen. Nunmehr konnte die Gründung einer Zählstelle für die in Eisen- und Metallgießereien beschäftigten Arbeiter vorgenommen werden, aber — ohne Metallgießer.

Leipzig. Der Verein der Selbgießer, Gütler und Metallarbeiter Leipzigs und Umgegend hielt am 26. September seine regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Die Tagesordnung lautete: 1) Auflösung des Vereins und Wahl einer Liquidations-Kommission. 2) Was machen wir mit dem Vereinsvermögen? 3) Verschiedenes und Fragekasten. Im 1. Punkt wies Kollege Walbel auf den deutschen Metallarbeiter-Verband hin und bestritt die Auflösung des Vereins. Kollege Reide erklärte, im Prinzip sei er nicht dafür, jedoch seien es taktische Gründe, welche auch ihn dafür eintrieten ließen. Nach längerer Debatte wurde die Auflösung des Vereins einstimmig beschlossen und eine glückliche Kommission gewählt, welche die Kassen- sowie Vereinsangelegenheiten zu regeln hat. Zum 2. Punkt wurde beschlossen, Bücher und Wertgegenstände unter den Mitgliedern zu verauktionieren und den Erlös, sowie den vorhandenen Kassenbestand dem deutschen Metallarbeiter-Verband zu überweisen. Ein Antrag, nach welchem Mitglieder, welche am Tage der Auktion ihre Pflichten nicht bis Ende September erfüllt haben, nicht mehr als Mitglieder zu betrachten und in Folge dessen kein Anspruchsrecht an dem Vereinsvermögen haben, wurde einstimmig angenommen. Nachdem im 3. Punkt mehrere sachgewerbliche Fragen beantwortet waren, schloß der Vorsitzende mit der Aufforderung an alle Kollegen, dem deutschen Metallarbeiter-Verband, sowie der deutschen Organisation, dem Metallarbeiter-Verein beizutreten, die Versammlung. Die Kollegen werden nochmals ersucht, ihren Pflichten nachzukommen.

Metall-Arbeiter.

Barmen. Die Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes Barmen hielt am Sonntag, den 27. September, ihre 14tägige Sitzung ab. Bei „Verschiedenes“ beantragte ein Mitglied, an die Redaktion der „Metallarbeiter-Zeitung“ das Ersuchen zu richten, wenn dieselbe Fabrikordnungen abdrucke, wie die in Nr. 37 der Fabrik von F. Gutschke-Grünitzschau, und solche Fabrikordnungen Paragraphen enthielten, welche gesetzlich unzulässig sind, dieses dabei zu bemerken, damit die Arbeiter aufgeklärt würden. Der 28. jener Fabrikordnung heißt: Alle Unfälle, welche sich im Betriebe ereignen, sind möglichst sofort, spätestens aber innerhalb zwei Tagen im Komptoir zu melden, damit das nötige rechtzeitig veranlaßt werden kann. Wer die Anmeldung der Verletzung in der vorgeschriebenen Zeit unterläßt, verliert ungeachtet der geleisteten Beitr. Kassenbeiträge jeglichen Anspruch auf irgend welche Entschädigung. — Nun heißt 99 des Unfallversicherungsgesetzes: Den Versicherungsnehmern ist untersagt, die Anwendung der Bestimmungen dieses Gesetzes zum Nachteil der Versicherten durch Beiträge (mittels Reglements oder besondere Uebereinkunft) auszuschließen oder zu beschränken. Vertragsbestimmungen, welche diesem Verbote zuwider laufen, haben keine rechtliche Wirkung. Ferner dürfen die Arbeitgeber für die Unfallversicherung keine Beiträge erheben, sondern müssen dieselben selber tragen. Betreffs der Krankenversicherung besteht in Bezug auf Beiträge das nämliche Verhältnis, § 80 des Krankenversicherungsgesetzes, welcher denselben Wortlaut, wie der oben zitierte § 99 hat. Es wurde der Antragsteller mit der Ausarbeitung vertraut und sollte der Vorstand selbige an die Redaktion zum Zwecke der Veröffentlichung senden. G. W.

die Einleitung fällen läßt. Deshalb müßten wir doch wohl voraussetzen, daß jeder Leser sich zu den einzelnen Paragraphen selbst seine Bemerkungen macht, da wir von jedem voraussetzen, daß er die betreffenden Bestimmungen der Gesetze kennt. Red.

Dresden. Am Sonntag, 27. September, fand hier im großen Saale des „Trianon“ eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Die Tagesordnung lautete: 1) Zweck und Nutzen der Zentralisation. 2) Lokale Fragen. Zum ersten Punkt hatte Herr S. Schulz das Ref. rat übernommen, derselbe führte in längerem Vortrag aus, daß keine Vereinigungen auf die Dauer nicht lebensfähig seien und nur durch große Zentral-Vereinigung dem Unternehmertum wirksam entgegenzutreten sei. Referent brachte Beweise wie kostspielig das Bestehen der kleinen Fachvereine sei, welche Ausgaben zusammengekommen eine große Vereinigung nur einmal zu tragen hätte. Jeder kleine Verein müßte dies einzeln bezahlen, und meinte der Referent zum Schluß, man solle die kleinen Fachvereine einschließen lassen und als Einzelmitglieder dem deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. In der auf dieses Referat folgenden Debatte wandten sich zunächst einige Redner gegen die zum Schluß vom Referenten gemachten Ausführungen, das Einschließen der Vereine betreffend, da es praktischer und ruhmvoller sei, die Vereine aufzulösen, was auch später vom Referenten anerkannt wurde. Im Uebrigen waren sämtliche Anwesende mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und wurde folgende Resolution eingebracht und einstimmig angenommen: „Tz heute im „Trianon“ tagende öffentliche Versammlung des Metallarbeiter-Vereins erklärt in Anbetracht der Nothwendigkeit der Zentralorganisation dafür zu wirken, daß alle Metallarbeiter dem deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten.“ Beim 2. Punkt machte ein Redner aufmerksam, daß, um uns am Orte zu organisieren, eine feste Organisation geschaffen werden müsse, indem man öfter eine öffentliche Versammlung einberuft. Dann wurde noch ein Antrag eingebracht, behufs Gründung einer Bibliothek hier, und wurde ebenfalls einstimmig angenommen, worauf die Versammlung geschlossen wurde. Hoffentlich wird das Beispiel der Dresdener Metallarbeiter an allen Orten des deutschen Reiches baldigst nachgeahmt.

Eberfeld. Zu dem Bericht über die Metallarbeiter-Konferenz in Eberfeld ist noch Folgendes ergänzend nachzutragen. Zur Regelung der Agitation soll nach Genehmigung des Vorstandes ein Komitee, bestehend aus drei Personen, gewählt werden, mit dem Sitz in Eberfeld. Die Wahl der Personen bleibt den Eberfeldern überlassen. An dieses Komitee sollen sich alle Kollegen, welche Referate übernehmen können und wollen, wenden. Die Aufgabe dieses Komitees soll zunächst sein, einen Agitationsfond durch Ausgabe von 10 und 20 J.-Marken zu sammeln. Adressen von Metallarbeitern an solchen Orten zu ermitteln, an welchen noch keine Organisation ist, zwecks Einberufung von öffentlichen Versammlungen zur Gründung von Filialen des Metallarbeiter-Verbandes. Die Entschädigungen für Referenten bestehen aus Vergütung der Fahrt 3. Klasse, 2 M für Sonntage, 6 M für einen ganzen 3 M für einen halben Arbeitstag, für Ueberrachten M 1,50 extra. Das Komitee hat dem nächsten Delegierten Bericht zu erstatten und Rechnung zu legen. In Bezug auf die Reiseunterstützung soll der Vorstand ersucht werden, wenn möglich die Berechnung der Referenten zu vereinfachen, da nach dem jetzigen Reisebuch längere Touren schwer nachzurechnen sind und manchmal dieselben Entfernungen verschiedene Kilometerzahlen haben, z. B. Köln-Main; 172 1/2 Kilometer, Mainz-Köln 175 Kilometer. — Schwarzer-Herold machte bekannt, daß die dortigen Formen in öffentlicher Versammlung das Vorgehen von Schwarz und Genossen auf's Schärfste beurtheilt hätten.

Egeln. In der am 3. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde Genosse Bürger als Revisor gewählt. Um den deutschen Kollegen ein Bild von der hiesigen Bewegung der Metallarbeiter zu geben, bringen wir Folgendes zur Kenntniß. Am 5. September fand hier eine öffentliche Versammlung der Metallarbeiter statt, in welcher beschlossen wurde, eine Filiale des deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu gründen. Es ließen sich 13 Mitglieder einschreiben, von welchen einige abreisten, wofür einige dazu gekommen sind, so daß wir noch 12 Mann sind. Wir haben nun schon in der Presse annonciert, auch die Kollegen durch schriftliche Aufträge eingeladen, aber Alles vergebens. Es gibt welche, die meinen, wenn erst alle dabei sind, so können sie auch sofort. Andere sagen wieder, der Verband könne ihnen nichts nutzen, da sie nicht mehr in die Freuden gehen. Dann haben wir es auch Herrn Theodor Schwartz zu verdanken, daß sich in so einer kleinen Stadt wie Egeln die Formen noch extra organisieren anstatt sich

uns anzuschließen. Wir erblicken in dem Vorgehen des Herrn Schwarz einen Verstoß gegen das demokratische Prinzip, indem dadurch die Interessen der Allgemeinheit geschädigt werden. Kollegen aller Branchen, schließt Euch zusammen zum gemeinsamen Werk, ob verheiratet oder ledig, der Verband ist für Leben und Fortschritt; seht, wie sich das Unternehmertum zusammenscharrt, um die Arbeitskraft jedes Einzelnen immer mehr auszunutzen und Euch immer mehr zu unterdrücken. Beitrittserklärungen nimmt stets entgegen der Bevollmächtigte August Schilder, Töpferstr. 18.

Frankfurt a. M. In der am Sonntag, den 11. Oktober tagenden öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung hatte zum ersten Punkt: „Die internationale Konferenz der Metallarbeiter in Brüssel“ Genosse Emmel das Wort übernommen. Derselbe begründete zunächst das internationale Zusammengehen der Arbeiter, besprach sodann die Vorgeschichte der Konferenz, um hierauf auf dieselbe selbst zu kommen. Die in Brüssel aufgestellte und angenommene Resolution wurde einstimmig angenommen. Als Vertrauensmann für Deutschland wurde Genosse Segig-Fürth einstimmig anerkannt. Von Lange wurde beantragt, für Frankfurt einen Vertrauensmann extra zu wählen, der die öffentlichen Versammlungen zu regeln, sowie mit dem Vertrauensmann Deutschlands in Verbindung zu bleiben hat; hierzu wurde Dörz gewählt. Unter Verschiedenem wurde die Laubheit des Bezirksvertrauensmannes Seiner-Vorderheim gerügt und die hier bestehenden Verbandszahlstellen aufgefordert, beim Vorstande des deutschen Metallarbeiter-Verbandes in dieser Sache Beschwerde zu erheben.

Städtstadt. Am Sonntag, 4. Oktober, fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Zweck und Nutzen der Organisation, Stellung zur Konferenz in Neumünster und Verschiedenes. Als Referent war Kollege Mohrhirsch aus Ipehoe erschienen. Selbiger behauptete zunächst den Schwachen Besuch der Versammlung. Dann führte er zunächst an, wie schon Ferdinand Bassalle den Arbeitern gelernt, daß nur durch eine Vereinigung etwas erreicht werden kann. Ferner führte der Referent an, warum es Pflicht ist, die Arbeitszeit zu verkürzen, denn nur dadurch ist es möglich, die Reserve-Armee zu verringern. Ferner wurde ausgeführt, wie die Arbeitgeber sich untereinander organisieren, ohne daß diesen etwas in den Weg gelegt wird, trotz Ausgabe der sogenannten schwarzen Listen. Beanspruche aber ein Arbeiter sein gesetzliches Recht, so fahren die Herren gleich aus der Haut wegen der „unerhörten“ Forderungen, welche die Arbeiter stellen. Dann empfahl der Referent dafür zu sorgen, daß die Arbeiterblätter auf dem Lande verbreitet würden, damit auch die indifferenten Kollegen zur Aufklärung kommen und dadurch neue Mitglieder für den Verband gewonnen werden. Ferner empfahl der Referent die Vereinsversammlungen mehr zu besuchen. Folgende Resolution wurde angenommen: „Die heute in Dehens Salon tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden und verpflichtet sich die Versammlung dahin zu streben, daß wir immer mehr neue Kollegen dem Verbande zuführen.“ Nachdem Kollege Mohrhirsch den Zweck der Konferenz in Neumünster erklärt hatte, wurde Kollege St. als Delegierter gewählt. Im dritten Punkt wurde auf Grund der Brüsseler Beschlüsse unser Vertrauensmann Segig einstimmig gewählt. Nachdem noch von dem Einberufer erwähnt wurde, daß das Ergehen von Eintrittsgeld zur Versammlung von Seiten der hiesigen Behörden verboten worden war, wurde das Bureau beauftragt, hiergegen Beschwerde einzurichten.

Hüchth a. M. Am 3. Oktober hielt die hiesige Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes ihre monatliche Mitglieder-Versammlung ab. Nachdem einige Mitglieder aufgenommen, erhielt zum 2. Punkt der Tagesordnung Kollege Naubeimer aus Nörshelm das Wort. Er erläuterte, wie wichtig und wie unentbehrlich die Organisation ist, führte verschiedene Tatsachen an, womit wir zu kämpfen haben und streifte auch hauptsächlich das Vorgehen der hiesigen Fabrikanten. Er forderte schließlich auf, dem Verbande beizutreten, denn das sei der einzige Weg, um allen am hiesigen Platze herrschenden Uebelständen abzuhelfen. Der 3. Punkt wurde auf Veranlassung des Hauptvorstandes gestrichen. Zum Punkt „Verschiedenes“ entstand eine längere Debatte über einen früheren Kollegen des Fachvereins, welcher wieder aufgenommen werden sollte. Er hatte sich aber verschiedene Verurteilungen und Beleidigungen (wenn sie auch meist persönlich waren) auf Schulden kommen lassen. Er wurde aufgefordert, vor öffentlicher Mitglieder-Versammlung, was mit einem Antrag, ihn wieder aufzunehmen, verbunden war, dies zurückzunehmen. Der Antrag wurde mit 6 gegen 5 Stimmen angenommen, der Aufforderung wurde nicht Folge geleistet und

war demnach der Antrag ungültig. Es erklärten sogar zwei Kollegen ihren Austritt aus dem Verband, was ja gar nicht der Mühe wert wäre. Es wäre endlich einmal Zeit, wenn der mährische Ein- und Austritt, wie er früher geherricht hat, wegfallen würde und hauptsächlich die älteren Kollegen dies beherzigen. Darum rufe ich Euch zu: Metallarbeiter von Hüchth und Umgebung, haltet fest zusammen, schließt Euch unserem Verbande an, da findet ihr Hilfe gegen Ausbeutung und Noth. Werft den Personenkultus ab, welcher Euch noch beherrscht, besucht die Versammlungen, verwertet die Bibliothek und seid einig, einig, einig, — so wird aller Junk und Haber fallen, der Euch noch besetzt. W. L.

Kainz. In der am 4. Oktober im „weißen Möschel“ abgehaltenen öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung wurde, nachdem die Genossen Hartmann über Zweck und Nutzen der Organisation, und Hausmann über die Metallarbeiterkonferenz zu Brüssel referiert, Genosse Segig-Fürth als Vertrauensmann für Deutschland im Sinne des Brüsseler Konferenzbeschlusses einstimmig gewählt.

Meißen. In der am 27. Septbr. abgehaltenen Generalversammlung des Metallarbeitervereins war die Tages-Ordnung: Statutenänderung. Neuwahl des Vorstandes. Verschiedenes. Fragestunde. Zu Punkt 1 wurde beantragt, den § 10 des Vereinsstatuts, welcher bestimmt, daß nach einer eventuellen Auflösung des Vereins dessen Vermögen der allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter zugewiesen ist, dahin abzuändern, daß dasselbe dem deutschen Metallarbeiterverband zuzuführen soll. Bei der geheimen Abstimmung wurde der Antrag einstimmig angenommen. Zu Punkt 2 gab der Kassierer Kallmayer Bericht, wonach die Einnahme während des abgeschlossenen Vereinsjahres inklusive des Saldo von vorhergehenden Jahre M 207,78, die Ausgabe dagegen M 186 betrug, somit Kassenbestand von 21,78, was von den Revisoren geprüft und richtig befunden wurde. Hiernach wurde die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen, wobei gewählt wurden: Fischer, 1. Vorsitzender, Kallmayer, 2. Vorsitzender, Hähnel, Kassierer, Ewald, Schriftführer, Jentsch, Rehahn, Fastnacht, Revisoren. Zu Punkt 3 ging der Antrag ein, den 1. Vorsitzenden sowie Kassierer von den Beiträgen zu befreien, jedoch wurde der Antrag nach kurzer Debatte wieder zurückgenommen.

Mühlheim a. Rh. Am 5. Oktober fand die regelmäßige Mitglieder-Versammlung der hiesigen Verbandszahlstelle statt. Hierzu hatte Kollege Hofrichter aus Köln in freundlicher Weise das Referat über: Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation übernommen. Redner führte aus, wie sich Deutschland in den fünfziger und sechziger Jahren zu einem Industrielande entwickelte, wie die Gewerkschaftsbewegung in Fluß kam, und daß dieselbe nötig sei gegenüber den Praktiken der heutigen Unternehmer-Verbände. Leider ständen diesen Arbeiterorganisationen die verfluchte Dehnbarkeit entgegen, so daß nicht dasjenige geleistet werden könne, was eigentlich geleistet werden sollte, aber wenn die Majorität eines Verbandes organisiert wäre, könnte Großes geleistet werden, und dahin müßte jeder Einzelne streben, werben und agitieren. Redner kritisierte ferner unsere heutige Volksschule, welche dem zukünftigen Staatsbürger mit allem möglichen Ballast vollpflanzte, nur nicht mit den Kenntnissen, welche im praktischen Leben nötig sind, wie Gesetzeskunde, Volkswirtschaftslehre u. s. w. Diesen Mangel hätte die Organisation hinweg zu räumen, indem dieselbe bildend und aufklärend auf ihre Mitglieder wirken müßte. Redner verbreitete sich dann noch über die sonstigen Vorteile, die der deutsche Metallarbeiter-Verband gewährt, wie Reiseunterstützung, Rechtschutz, Unterstützung bei Auswänden und in Nothfällen und schloß mit einem warmen Appell, immer mehr für die Ausbreitung des Verbandes zu wirken und ihre neuen Mitglieder zuzuführen. Eine diesbezügliche eingebrachte Resolution fand einstimmige Annahme.

Offenbach. Hier ist eine Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Sektion der Metallbrücker, gegründet.

Parusdornitz (Obersachsen). Eine Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes mit 40 Mitgliedern ist auch hier gebildet.

Stegen. Am 20. Sept. fand hier eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, worin die Gründung einer Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiter-Verbandes beschlossen wurde. Es ließen sich auch gleich 35 Kollegen einschreiben. Aus der Wahl zur Leitung der Verwaltungsstelle gingen hervor: Rahm, Bevollmächtigter, Junker Kassierer, Schmidt, Schwetsfurt, Dobe, Revisoren. Das Versammlungslokal befindet sich bei Wirth Hund in Sieghütte.

Stuttgart. In einer gutbesuchten, am 3. Okt. im „Würt. Hof“ abgehaltenen Ver-

sammlung der Metallarbeiter aller Branchen, in welcher die Genossen Pfeiffer, Schilde und Wilberg das Bureau bildeten, wurde als erster Punkt der Tagesordnung ein vom Genossen Junge vorgetragener Bericht über die Verhandlungen der internationalen Metallarbeiterkonferenz in Brüssel entgegengenommen. Redner führt alle bisherigen Gesichtspunkte und Bewegungen der Organisation überhaupt, seit Bassalle, an, betonte, wie nachfolgende angenommene Resolution beweist, daß es Pflicht der Metallarbeiter sei, für eine kräftige nationale Organisation Sorge zu tragen, um dann den noch besseren Schritt zur internationalen thun zu können; nach kurzer Debatte wurde folgende Resolution angenommen: „Die heute im Württemberg Hof“ zu Stuttgart tagende öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter erblickt in der internationalen Vereinigung aller Arbeiter das wirksamste Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse von der Herrschaft des Kapitals und begrüßt, in Anbetracht der bestehenden gesetzlichen Schwierigkeiten, die Beschlüsse der internationalen Metallarbeiterkonferenz zu Brüssel als einen bedeutenden Fortschritt auf dem hierzu betretenen Wege. Die Anwesenden verpflichten sich, energisch für die Verwirklichung des durch die Konferenz beschlossenen Zweckes einzutreten, indem sie in erster Linie die bestehende nationale Vereinigung aller Metallarbeiter durch ihren Beitritt zu stärken und die internationale Verbrüderung darin zu fördern suchen. In Ausführung der in Brüssel gefassten Beschlüsse ernannt die heutige Versammlung den bisherigen Vertrauensmann der deutschen Metallarbeiter, Genossen M. Segig in Fürth, zum Vertrauensmann.“ — Beim zweiten Punkt: Welche Schritte sind zu thun, um in Anbetracht der schlechten Geschäftslage der Metallindustrie im kommenden Winter einer Massenentlassung der Metallarbeiter vorzubeugen, wurde ein Antrag, welcher besagte, sofort eine Anfrage an die organisierte Metallarbeitergewerkschaft zu richten, ob diese sich zu einer Annäherung in dieser Angelegenheit herbeilassen würde, nach langer eingehender Debatte verworfen. Dagegen wurde ein Antrag zur Gründung einer Neuerkommission, bestehend aus Mitgliedern der hiesigen Vereinigungen, angenommen, welche überhaupt in verschiedenen Angelegenheiten zu arbeiten haben wird. Unter Verschiedenem entspann sich eine längere Debatte über die gesammte Metallarbeiterschaft Stuttgarts angehenden Gelangelegenheiten, speziell die Wanderunterstützung; ebenso sprachen sich die anwesenden Vertreter des Metallarbeiterverbandes und der lokalen Vereinigung auf's Gründlichste aus; eine Eingung wurde jedoch nicht erzielt und es wird also Sache der Neuerkommission sein, gemeinsame Vorschläge in allen Fragen einer späteren öffentlichen Versammlung zu unterbreiten, welche hoffentlich zu einem auf beiden Seiten befriedigenden Resultate führen werden.

Stralsund. Nachdem hier bereits vor Kurzem zwei Metallarbeiter-Versammlungen die zweite von Seite des Gewerkevereins einberufen) stattgefunden haben, ist es uns gelungen, eine Verwaltungsstelle des Metallarbeiter-Verbandes zu gründen. Wir haben hier noch sehr viel indifferente Kollegen und sind daher bis jetzt bloß 18 Mann stark, jedoch hoffen wir, die Indifferenten auch aufzuzählen und heranzuziehen. Samstag, den 3. Okt. fand in unserem Vereinslokal, Langestraße 47, die erste Mitglieder-Versammlung statt, in welcher unter Anderem die Ortsverwaltung gewählt wurde. Es gingen aus der Wahl hervor: Als Bevollmächtigter Karl Behmann, Klempner, Papenstraße 29, als Kassierer August Garrens, Maschinist, Marienstraße 6, als Revisoren Paul Borenz, Julius Stenulat und Oskar Beckmann. Weiter wurde beschlossen, die Reiseunterstützung vom 15. d. Mts. ab zu zahlen und zwar durch den Kassierer von 12—1 und von 7—8 Uhr Abends, was den Reisenden zur Darnachachtung dienen möge.

Saalfeld. Am 4. Oktober hielt die Verwaltungsstelle des deutschen Metallarbeiterverbandes ihre Versammlung ab. Es sprachen verschiedene Redner sich dafür aus, daß ein Delegierter zu der Thüringer Konferenz am Orte gewählt werden soll und nicht, wie immer üblich ist, daß sich mehrere Orte zusammethun und nur einen Delegierten wählen und dem ihre Mandate anvertrauen. Das hätte keinen Zweck, da, wenn es zu einer Abstimmung kommt, nur die Person zählt, nicht aber die Mandate. Nach lebhafter Debatte wurde Genosse Bauer gewählt, indem er in den düklichen Verhältnissen am besten Bescheid weiß. Zu Verschiedenem meldete sich Genosse Marg zum Wort und tadelte die Unterstützung der auf der Reise befindlichen Kollegen, da dieselben den jetzigen Verhältnissen nach sehr geschädigt wären, was er an sich selbst erfahren habe, indem er weite Strecken gelaufen, aber nur direkte Tour bezahlt bekommen habe. Es wurde ihm von verschiedenen Seiten klar gelegt, daß es denn doch vorläufig noch nicht möglich wäre, die reisenden Kollegen so zu unterstützen, daß sie keinen Kilometer mehr

umsonst laufen, da wir die genaugende Kontrolle nicht haben können, ob wirklich diese weite Tour zurückgelegt ist, indem unser Verband noch nicht soweit ist, daß wir in jeder Stadt eine Verwaltungsstelle haben. Zum Schluß wurde noch die Handlungsweise von Theodor Schwarz aus Lübeck einer scharfen Kritik unterworfen und beschlossen, demselben mit vereinten Kräften soviel als möglich entgegen zu arbeiten, damit unsere neugeschaffene Organisation gesichert und so stark als möglich emporkommt. Zu erwähnen ist noch, daß unsere Verwaltungsstelle bereits die staatliche Anzahl von 180 Mitgliedern erreicht hat.

Wetzlar. Die am häufigsten gegen die Arbeiterorganisationen erhobenen Bemerkungen sind, daß die Forderungen derselben unberechtigt seien, weil, wenn sie bewilligt würden, die Unternehmer nicht mehr konkurrenzfähig wären; ferner, daß das Kapital doch ein großes Risiko übernimmt, wenn es die große Gütte hat, den Arbeiter für sich arbeiten zu lassen. Daß der erste Einwurf in unserer hiesigen Industrie, wo noch eine kolossale Menge von den sozusagen zwischen Himmel und Erde schwebenden Kleinrentnern existieren, welche bei dem ersten Anstoß von ihrem hocherbhabenen „Fabrikanten-Sitz“ heruntergestürzt werden, thatsächlich auf Wahrheit beruht, ist für jeden mit den hiesigen Verhältnissen Vertrauten ein offenkundiges Geheimnis. Daß dies jedoch für uns kein Hindernis sein darf, unsere Ideen immer weiter auszubringen, ist ebenso klar, denn (wie bereits schon ein Arbeiterführer sagte): Die Industrie, welche dem Arbeiter kein menschenwürdiges Dasein sichern kann, ist werth unterzugehen. Und so auch hier. Diejenigen Meister, welche solche Forderungen nicht überwinden können, sind reif von dem Schauplatz ihrer Tätigkeit abzutreten, es darf uns nichts hindern fortzuführen in der Verbesserung unserer Lage. Wir sehen hier am Orte denselben Prozeß sich abspielen, wie er an anderen schon lange vor sich gegangen ist. Die kleine Fabrikation tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Das große Kapital wird allmächtig, die kleinen und kapitalschwachen Betriebe gehen in den Besitz desselben über. Jedoch, um auch Einiges über die „Berechtigung“ des kapitalistischen Risikos zu sagen, wollen wir in die Stillejahre unserer Industrie zurückgreifen, um zu sehen, mit welchem Recht die hiesigen Fabrikanten auf ein Risiko ihres Kapitals pochen können. Berlegen wir uns zurück in die Zeit vor 20—25 Jahren, so bietet sich dem Auge ein ganz anderes Bild, wie wir es heute sehen. Damals keine großen Fabriken, keine gen Himmel strebenden Schornsteine, keine Maschinen u. s. w. werden verwendet in der Produktion, meistens Handarbeit, höchstens eine kleine Presse war vorhanden, der Schlosser schmeißte seine Schloßtheile, seinen Schlüssel u. s. w., fertigte das Schloß und verkaufte dasselbe beim Kaufmann, beim Möbelhändler, er war also „Fabrikant“ und Arbeiter zugleich. Jedoch wie alles in unserer Welt der Vernichtung preisgegeben, so war auch die damalige Produktion nicht maßgebend für alle Zeiten, wie verschiedene kurzzeitige Menschen ja auch behaupten wollen, die heutige privatkapitalistische Produktionsweise beruhe auf einem ewigen Naturgesetz. Zugeben wollen wir ja, daß die Verwandlung der heutigen in die sozialistische Produktion für die Herren des Kapitals nicht sehr hoffnungsfreudig aussieht, da es ihren Ausbeutergelüsten für immer ein kräftiges Paroli gebieten würde. Auch hier tritt der weltbeherrschende Faktor, die Maschine auf, und Derjenige, welcher in der günstigen Lage war, sich eine solche anzueignen, war gleich ein gutes Stück über seinen Konkurrenten oder Mitarbeiter emporgehoben. Durch die Maschine wird der Arbeiter überflüssig, und der Werth derselben liegt gerade darin, daß je mehr Arbeiter sie überflüssig gemacht, je werthvoller sie wird für ihren Besitzer. Der mit der Maschine Ausgerüstete konnte billiger produzieren wie der Andere, er erwarb durch je sein Kapital, während der Andere in's Proletariat hinabgestoßen wurde. Wir sehen hunderte der früheren selbständigen Meister als Proletarier die großen Fabriken derjenigen frequentieren, die von der Schlosserarbeit entweder wenig oder gar nichts gekannt, sondern durch glückliche Umstände zu ihrer zur Zeit günstigen Stellung emporgestiegen sind. Dieselben spielen jetzt die Herren, während Diejenigen, welche den Grundstein für unsere Industrie geschaffen, als arme Proletarier einhergehen. Man werfe nicht ein, daß der heutige Proletarier nicht genug arbeitet und gestrebt, daß er ein Faulenzer, Trinker u. s. w. sei, das ist alles kein Grund, dem Emporkömmling als Entschädigung zu dienen, denn unter 100 Streubenden kann höchstens Einer das Glück haben, eine Fabrik mit den Maschinen einzurichten, und in der Großindustrie ist dies noch viel zu hoch. So wird allmählich die Arbeitshetzelung eingeführt; wenn früher der Arbeiter das ganze Schloß verfertigte, arbeitet jetzt Schlosser, Presser, Former, Schlüsselmacher und wie die Branchen alle

helfen, an demselben. Die Frauenarbeit ist schon im großen Maßstabe eingeführt, immer weiter wird der Proletarier heruntergedrückt, immer größer die Zahl derselben, während das Kapital immer größere Reichthümer anhäuft. Und so sehen wir, daß Alles einem stetigen Wechsel unterworfen, daß nichts als ewiges Naturgesetz gelten kann. Und deshalb Metallarbeiter von Selbst, nur keine Kopfschmerzen gemacht, wenn es gilt, für unsere Bestrebungen, für die Bestrebungen der internationalen Arbeiterklasse einzutreten. Vorwärts, heißt unsere Losung! Fort mit den unwürdigen Zuständen!

Mechaniker.

Berlin. Denjenigen Lesern dieser Zeitung gegenüber, welche sich für den gegen mich gerichteten Artikel des Herrn König (Hannover) in Nr. 39 interessiert haben, erlaube ich mir das Folgende zu bemerken: Wenn ich auf alle in dem Artikel enthaltenen Unrichtigkeiten, Widersprüche und unlogischen Folgerungen eingehen wollte, dann müßte ich einen noch weit umfangreicheren Aufsatz schreiben als Herr König. Das ist deshalb wechlos, weil jeder Eingeweihte sich mit Leichtigkeit von der Wahrheit überzeugen kann. Das soll die Beweisführung für so schwere Beschuldigungen sein, wie „Verbreitung falscher Thatsachen seitens eines Verbandsauschusses“? Ein Vierteljahr müßte es dauern, ehe es Herrn K. gelang, derartige sogenannte Beweismaterial zusammenzutragen? Das ist also die seit einigen Monaten von mir verlangte Begründung einer (natürlich abgelehnten) Resolution, welche die früheren Ausschußmitglieder des Verbandes deutscher Mechaniker und verwandter Berufsgenossen der Unehrenhaftigkeit geißelt! Anstatt die angeblich von uns verbreiteten Unwahrheiten anzugeben, beschränkt K. sich darauf, als Beweis zu sagen, wir hätten uns bemüht den Thatsachbestand „anders“ hinzustellen. Der Veröffentlichung dieser ebenso ausführlichen wie haltlosen Beweisführung habe ich nichts hinzuzufügen. Ich überlasse es nunmehr getrost den Kollegen, zu beurtheilen, ob die gegen die früheren Ausschußmitglieder erhobenen Anschuldigungen gerecht waren oder nicht.

Hann, Mechaniker.

Leipzig. Am 13. September fand im Restaurant „Stadt Hannover“ eine öffentliche Versammlung der Mechaniker Leipzigs statt. Den Vorsitz führte Herr Grothe und lautete die Tagesordnung: 1) Bericht der Delegirten vom Gewerkschaftskartell. 2) Neuwahl derselben. 3) Gründung einer Unterstüßungskommission. 4) Diskussion. Die beiden ersten Punkte wurden vertagt, indem der Referent noch nicht anwesend war. Zum dritten Punkt wies Kollege Schaal auf die Bedeutung und den Werth einer Unterstüßungskommission hin und wurde die Gründung einer solchen von der Versammlung beschlossen. Gewählt wurden als Kommissionenmitglieder die Herren Gotthardt, Schaal und Jahn mit der Amtsdauer von einem Jahre. Nach längerer Debatte wurden die Beiträge auf vorläufig 5 J pro Woche festgesetzt und beschlossen, den Arbeitsnachweis (Kollege Schaal) allen Kollegen zur Verfügung zu stellen, die Unterstützung jedoch nur den Kollegen zu gewähren, welche mindestens acht Wochen einer Organisation angehören und dazu gesteuert haben. Die Kommission soll öfter eine Versammlung einberufen und über ihre Thätigkeit Bericht geben. Da sich inzwischen der Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung noch nicht eingefunden hat, wurde zur Wahl der Gewerkschaftskartell-Delegirten geschritten. Es gingen daraus hervor die Herren Otto Grothe und Gerlach. Sodann wurde beschlossen, daß die Delegirten alle Vierteljahre eine öffentliche Versammlung einberufen sollten. Die Bibliothek des ehemaligen Mechanikervereins zu Leipzig wurde dem Kollegen Jahn schenkungsweise überwiesen mit der Bedingung, daß sie dem Arbeiterverein zu freier Verfügung steht. Bekanntmachungen zc. sollen im „Wähler“ und in der „Metallarbeiter-Zeitung“ erfolgen. Hiermit war die Tagesordnung erledigt; es wurde zuletzt von mancher Seite scharf gesagt, daß sich viele Kollegen so zurückziehen von der Bewegung und wurden mehrere Vorfälle gerade auch in unserer Branche angeführt, welche zeigen, wie nötig der Anschluß ist. Die anwesenden Kollegen gelobten, die gestifteten Beschlüsse aufrecht zu erhalten und in jeder Weise dafür zu agitiren.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Hamburg. Am 29. September tagte hier selbst eine öffentliche Versammlung der Schlosser und Maschinenbauer und der in diesem Beruf beschäftigten Hilfsarbeiter, einberufen von den Führern des Hamburger Schlosser-Verbandes zwecks Stellungnahme zu den Beschlüssen der Halberstädter Konferenz. Die Versammlung war leider nur schwach besucht, es mochten etwa 100 Personen anwesend sein, davon Zweidrittel Mitglieder des Schlosser-Verbandes. Nach Erledigung der Bureauwahl erhielt Franz

Diedrich zur Verlesterstatung das Wort. Der erste Theil seines Berichtes bezog sich auf die Übergabe des von der Generalkommission erhaltenen Verdicts. Im zweiten Theil wurde dann die von der Generalkommission beliebte Form der Zentralisation (Fach-Verbände) als erste Form hoch gepriesen, was sehr natürlich klingt, wenn man die lebenden Elemente berücksichtigt. Nach Redners Ausführungen waren so ziemlich alle Vertreter auf der Konferenz für den Vorschlag der Generalkommission, nur mit dem Vertreter des deutschen Metallarbeiter-Verbandes habe man sich nicht einigen können, doch habe derselbe erklärt, daß ein Kartellvertrag unter den bestehenden 9 Zentral-Verbänden der Metall- Arbeiter wünschenswerth sei. Damit sei auch dem Hamburger Schlosserverband ein Kompliment gemacht — wie niedrig! — kurz, die Ausführungen waren getragen von dem Wunsch, dem Metallarbeiter-Verband zum Basallen der sonstigen Metallarbeiter-Verbände zu stampeln. Gemme findet es geradezu lächerlich, dem Vertreter des Metallarbeiter-Verbandes die angeführten Worte in den Mund zu legen, er bedauert die Verfahrenheit, die unter den Hamburger Schlossern eingerissen und die nur unseren Gegnern von Nutzen sein könne und erwacht zur Einsicht. Folgende Resolution wird von ihm verlesen und zur Annahme empfohlen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Schlosser und Maschinenbauer mißbilligt entschieden jeden Versuch, der bezweckt, die Frankfurter Beschlüsse zu umgehen. Die Versammlung erwartet, daß sämtliche Schlosser und Maschinenbauer Hamburgs die Kongreßbeschlüsse respektiren werden und mitwirken, dieselben zur Ausführung zu bringen.“ Eine zweite Resolution spricht sich zu Gunsten der Halberstädter Beschlüsse aus. Beide Resolutionen werden zur Debatte gestellt. Baugner wendet sich energisch gegen das Vorgehen der Sonderinteressenten und empfiehlt die Resolution von Gemme zur Annahme. Junge, Hilmer u. f. w. für die zweite Resolution. Die Abstimmung ergab die Annahme der zweiten Resolution mit einer Stimmenmehrheit von Zweidrittel der Anwesenden, ein Armutshauszeugniß, wie es die Versammlung sich nicht besser ausstellen konnte. Nun, trösten wir uns damit, daß es nur ein kleiner Bruchtheil der hier beschäftigten Schlosser war, die diese That vollführten.

Jahr. Warnung. Vor einigen Tagen wurde von der landwirthschaftlichen Maschinenfabrik (Heinrich Stecher) in Craikshelm, Württemberg, ein Dreher-Gehalt ausgeschrieben. Es meldete sich ein solcher brüchlich und fragte auch gleich wegen der Lohnverhältnisse. Da wurde ihm bemerkt, daß, wenn er allen in der Dreherei vorkommenden Arbeiten vorstehen könne, er einen Tageslohn von M 2,50—2,80 erhalte. Sogar in dem schlecht organisirten Jahr stehen die Lohnverhältnisse noch besser als in Craikshelm. Ich warne hiermit jedes dem Verbands angehörige Mitglied, ob Schlosser oder Dreher, vor solchen Werkstellen.

Feilenhauer.

Magdeburg - Barchau, 12. Oktober. (Telegramm.) Sämmtliche Kollegen der Barchauer Feilenfabrik sind ausgesperrt. Zugang fernhalten.

Budapest. Die Feilenarbeiter Ungarns zeigen allen Fachgenossen mit diesem an, daß die Feilenarbeiter der Fabrik Rossmann u. Kühnemann in Budapest wegen Maßregelung eines Kollegen die Arbeit niedergelegt haben. Demnach ist ein Ausstand von 17 Feilenarbeitern zu verzeichnen, weißt ältere verheirathete Arbeiter, als: 12 Hauer, 1 Maschinenbauer, 4 Schleifer. Die Arbeiter dieser Fabrik waren schon mehrmals gestreiken, die Arbeit niedergezogen, die Direktion dieses Etablissements macht sich eine Ehre daraus, die Arbeiter zu schikaniren und ihre Forderungen zu verstellen. Wir ersuchen, um im Kampfe siegreich hervorgehen zu können, um möglichst rasche Unterstützung, sowie Zugang aller in der Feilenindustrie Beschäftigten fern zu halten. Alle Anfragen sind zu richten an Jos. Seher, Vertrauensmann der ungarländischen Feilenarbeiter, Rakosfaba, Balaz-utca Nr. 43, Budapest.

Kiel. Allen Kollegen zur Nachricht, daß sich unter Vereln zu Gunsten des deutschen Metallarbeiter-Verbandes aufgelöst hat und sämtliche Untertanen der Verwaltungsstelle Kiel übertragen wurden. — Abrechnung: Einnahme an Beiträgen vom 1. Januar 1891 bis 1. August 1891 M 38,40. Ausgaben vom 1. Januar bis 1. August 1891 für Metallarbeiterzeitung, Geschenk für Fremde, für Porto und Briefe 45,50, somit Defizit von 7,10, welches vom Agitationsfonds gedeckt worden ist. Das im Agitationsfonds übrige Geld (M 10,90) ist an Ed. Goldbach recht Marken abgeschrieben. Die Feilenhauer von Kiel und Umgebung. Rosenheim (Oberbayern). In der Generalversammlung vom 27. September wurde beschaffen, den Reiseunterstützungsverein der Feilenhauer für Rosenheim und

Umgebung aufzulösen, und an dessen Stelle eine Feilenhauersektion zum deutschen Metallarbeiter-Verband zu gründen. In die Verwaltung wurden gewählt: Josef Ringer, Bevollmächtigter und Kassierer, Lorenz Seidl, Schriftführer.

Steier. In der konstituierenden Ausschußsitzung der Feilenhauer-Schiffen zu Steyer am 27. Sept., wurden folgende Funktionäre gewählt: 1. Vorstand D. W. Rischmann, 2. Vorstand Rudolf Wader, 1. Schriftführer Josef Schaumberger, 2. Schriftführer Alex. Stodinger.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Abrechnung von der Hauptkasse für Juli-August 1891.

Einnahme. Von dem Vertrauensmann der Metallarbeiter Segitz M 100, 100, 300, 400, 150, 300. Von dem Vertrauensmann der Schlosser und Maschinenbauer Breder 50, 50, 100. Von aufgelösten Vereinen: Meißenzugmacher Nürnberg F. 300. Metallarbeiter Freiburg in B. R. 15. Metallarbeiter Döbeln i. S. S. 70. Feilenhauer Eßlingen Sch. 20. Metallarbeiter Schöningen W. 36. Schlosser Braunschweig Sch. 150. Metallarbeiter Forst N.-S. D. 25,30. Former Meutlingen S. 19,20. Metallarbeiter Gildesstadt St. 30. Metallarbeiter Saalfeld W. 39,70. Metallarbeiter Ehrenfeld Sch. 30. Former Dnabrück N. 25. Klempner Glehen W. 10. Metallarbeiter Altenburg W. 60. Schlosser Würzburg Sch. 30. Feilenhauer Regensburg L. 36,18. Metallarbeiter Lübeck N. 121. Metallarbeiter Flensburg St. 48,06. Feilenhauer München F. 50. Metallarbeiter Harburg D. 40. Schlosser Nürnberg K. 50. Metallarbeiter Nürnberg Sch. 100. Metallarbeiter Bamberg K. 10. Metallarbeiter Perfor Sch. 36. Metallarbeiter Gotha W. 10. Former Nürnberg W. 350. Feilenhauer Hagen i. B. S. 64. Metallarbeiter Darmen S. 25. Metallarbeiter Breslau W. 107,16. Metallarbeiter Rostock M. W. 30. Feilenhauer Braunschweig S. 20,80. Klempner Braunschweig K. 30. Metallarbeiter Ohligs G. 49,80. Metallarbeiter Witten S. 30. Former Gassen N.-S. L. 37,45. Metallarbeiter Eilenburg S. 34,94. Feilenhauer Halle W. 18,58. Metallarbeiter Wülheim a. Rh. W. 20. Metallarbeiter Dortmund F. 30. Schlosser Altona L. 30. Former Dortmund N. 7,73. Klempner Nürnberg W. 100. Metallarbeiter Kaiserlautern K. 40. Metallarbeiter Konstantz Sch. 20. Metallarbeiter München W. 50. Metallarbeiter Görtz W. 21. Metallarbeiter Sangerhausen N. 15. Metallarbeiter Hanau W. 40. Feilenhauer Neug. a. Rh. Sch. 25. Metallarbeiter Wilhelmshafen S. 60. Metallarbeiter Gassen N.-S. S. 40,45. Feilenhauer Nürnberg J. 20. Metallarbeiter Dechhausen W. 100. Metallarbeiter Weibert K. 109. Klempner Harburg L. 30. Metallarbeiter Jena L. 10,14. Klempner Lübeck S. 30,63. Former Leipzig Sch. 25,20. Roth- und Glockengießer Nürnberg G. 50. Einschreibegeld und Beiträge: Braunschweig, Sektion der Klempner M 11. Heidenheim, Allgemeine 13,40. Nürnberg, Sektion der Schlosser und Maschinenbauer 50. Hamburg, Sektion der Klempner 100. Färth, Allgemeine 80. Einzelmitglieder 28,45. Extra-Einnahme 1,55. Summa: M 4916,82.

Ausgabe. Bureauverrichtungen 1. Rate M 267,30. Druckkosten 1. Rate 214,50. Buchbinderarbeiten 1. Rate 715,14. Anfertigung von Stempeln 771,07. Duitungsmarken 133,50. Gehalt der 3 Bureaubeamten vom 8. Juni bis 1. September 1115. Ueberlieferungskosten von Goldbach und Schilde 43,40. Bureauverrichtung nebst Bedienung 38. Anschluß Frankfurt 50. Für Agitation 94,45. Entschädigung der Vorstandsmitglieder für Sitzungen 17,25. Sachliche Ausgaben 86,89. Porto 317,97. Zuschüsse an die Zahlstellen: Bamberg W. 50. Helgen Th. 30. Wilsfeld D. 45. Potsdam St. 40. Gildesheim W. 30. Flensburg N. 30. Dnabrück G. 50. Weimar K. 50. Unterstützung nach § 2c des Statuts nach Bernburg J. 20. Summa: M 4209,47. Bilanz.

Einnahme M 4916,82. Ausgabe „ 4209,47. Kassenbestand M 707,35.

In der obigen Abrechnung ist zu bemerken, daß in derselben nur die im Juli und August an uns eingehenden Posten aufgeführt sind und die Veröffentlichung der im September eingegangenen Gelder in nächster Nummer erfolgt. Die Mitgliedsbücher Nr. 8214 von Wilhelm Madenow, geb. in Stargard am 13. März 1873, und Nr. 10528 von Theodor Renner, geb. zu Verlin am 26. September 1872, eingetreten zu Bernburg am 1. August 1891, werden für ungiltig erklärt. Da, wie schon in voriger Nummer des Verbandsorgans bekannt gegeben, nunmehr alle Verwaltungsstellen mit Reiselegitimationen (Nr. 1) ausgerüdet sind, ist genau darauf zu achten, daß nur diejenigen Unter-

stützung erhalten, die im Besitze einer Reiselegitimation sind.

Um zu vermeiden, daß jemand, der noch nicht 26 Wochen dem Verbands angehört oder nicht als vollberechtigt übergetreten, Unterstützung erhebt, ist bei der Ausstellung des Mitgliedsbuchs oder wenn dies nicht geschehen, bei der Abmeldung des Betreffenden auf Seite 27 über die Worte „Duitung über Reiseunterstützung“ zu vermerken: „Unterstützungsrecht vom 1892 an“ (26 Wochen nach dem Tage des Eintritts). Bei vollberechtigt Übergetretenen genügt die Bemerkung: „Unterstützungsrecht vom Tage des Uebertritts an.“ Diese Eintragungen sind mit dem Ortsstempel zu überdrucken.

Wir ersuchen die Ortsverwaltungen und Vertrauensmänner, die ihre Adressen nicht auf den hierzu bestimmten Karten angegeben haben, dies umgehend zu thun, damit die Herausgabe eines Adressenverzeichnis noch vor Schluß des Monats erfolgen kann.

Diesigen Ortsverwaltungen, die ihre Abrechnungen noch nicht eingesandt haben, wollen dies umgehend thun. Alle Gesuche um Zuschuß müssen nach § 14 Abs. 12 in gleicher Weise wie die Abrechnungen von der gesammten Ortsverwaltung unterzeichnet und mit dem Ortsstempel versehen sein. Dieselben sind frühzeitig genug einzureichen, damit in der Auszahlung der Wanderunterstützung keine Pause eintritt.

Da kein Tag vergeht, an dem wir nicht für ungenügend frankirte Sendungen Strafporto zahlen müssen, ersuchen wir genau darauf zu achten, daß alle Briefsendungen über 15 Gramm (bis zum Meißengewicht von 250 Gramm) mit 20 Pfennig zu frankiren sind.

Alle am Orte entbehrlichen Geldbestände sind umgehend an den Hauptkassierer

Ed. Goldbach, Stuttgart, Kurzestr. 3, part.

zu senden, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postfachzettel zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für die Kongreßprotokolle ist.

Zum Schluß machen wir auf den Streit bei der Firma C. Beißel in Ehrenfeld (Köln a. Rh.) aufmerksam und ersuchen, den Zugang von Formern fernzuhalten.

Zwischen der Firma Handel-Magdeburg (Inhaber Wötcher) und ihren Arbeitern sind Differenzen ausgebrochen und ist von dort der Zugang von Feilenhauern und Schleifern fernzuhalten.

Das Gleiche gilt von der Selter Schirmfabrik und bitten wir von dort Schlosser, Dreher und Metallarbeiter fernzuhalten.

Genosse Guido Hartung, Schlosser aus Leipzig, in Nürnberg in den Verband eingetreten, wird gebeten, sich beim Vorstand, Kurzestr. 3, Stuttgart, unter genauer Angabe seiner Personalien zu melden.

Mit kollegialem Gruß! Stuttgart, 10. Oktober 1891. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Magdeburg. Der erste Schlag ist gegen den Allgemeinen deutschen Bergarbeiter-Verband geführt worden. Gegen den früheren Bergarbeiter Frilische zu Stassfurt verhandelte die Strafkammer des Landgerichts zu Magdeburg. Als Vorsitzender fungirte der Landgerichtsdirktor Jyenbach, als Vertreter der Assessor Meyer, als Verteidiger Rechtsanwält Freundenthal-Berlin. Dem Frilische war zur Last gelegt, als Vorsteher des Stassfurter Zweigvereines, eines Vereines, welcher politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern und auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezweckt, mit einem gleichartigen Verein in Verbindung getreten zu sein, ferner die Statuten des Stassfurter Vereines nicht rechtzeitig nach Konstituierung der Polizeibehörde eingereicht und sich an dem erwähnten Verein nach dessen politischer Schließung fernerhin als Mitglied betheiligt zu haben. Die Vernehmung der Polizeibeamten Berg und Burkard, sowie des Bergarbeiters Siegel ergab Folgendes: Am 22. Februar d. J. empfahl der letztgenannte Zeuge in einer öffentlichen Bergarbeiter-Versammlung zu Stassfurt den Anschluß an den Allgemeinen deutschen Bergarbeiter-Verband, indem er den Zweck und die Ziele des Verbandes an der Hand der Statuten beleuchtete. Die Versammlung beschloß den Anschluß an den genannten Verband und es meldeten sich schon damals eine Anzahl Bergarbeiter zur Mitgliedschaft. Bei dem Angeklagten, welcher von der Versammlung als Vertrauensmann vorgeschlagen und von dem Vorstände des Verbandes als solcher gewählt wurde, meldeten sich nach und nach ca. 300 Bergarbeiter, welche in den Verband sodann durch den Zentralvorstand aufgenommen wurden. Mitte März d. J. zeigte der Angeklagte der Polizeiver-

waltung zu Staßfurt an, daß der allgemeine deutsche Bergarbeiter-Verband im Laufe des Jahres in Staßfurt eine Reihe von Versammlungen abhalten werde. Hierauf schloß die Polizeiverwaltung den Zweigverein zu Staßfurt. Am 6. Juni d. J. fand dann noch eine Vertrauensmänner-Versammlung des Bezirks Sachsen des Allgemeinen deutschen Bergarbeiter-Verbandes in Staßfurt statt, an welcher sich der Angeklagte Frische beteiligte. Die Verlesung der Statuten ergab, daß Zweck des Verbandes ist, die Förderung der Interessen seiner Mitglieder, welcher u. A. erreicht werden solle durch zeitgemäße Vererbung der Bergarbeiter-Ordnungen, durch Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auf Befragen des Rechtsanwalts Freudenthal erklärte der Zeuge Stiegel, daß er an der Ausarbeitung des Statuts beteiligt gewesen sei, und daß die Zwecke des Vereins durch Vereinbarung mit den Arbeitgebern erreicht werden sollen. Dieser Standpunkt sei bei Beratung und Annahme des Statuts immer betont worden. Der Angeklagte Frische erklärte noch, daß er nach der polizeilichen Schließung in Staßfurt sich in Schwesig als Mitglied gemeldet habe und dort aufgenommen sei, er gibt zu, die Statuten nicht eingereicht und mit dem Zentralverband in Verbindung gewesen zu sein. Der Staatsanwalt plaidierte dahin, daß all' die Gegenstände, welche der Verband regeln wolle, sozialer Natur seien, sie hätten aber auch politischen Charakter, denn sie umfaßten die schwierigsten Probleme staatlicher Gesetzgebung. Darnach seien der allgemeine Verband und der Verein zu Staßfurt politische Vereine. Nach dem Statut und den Auslassungen des Angeklagten seien dieselben miteinander in Verbindung gewesen, das Statut habe der Angeklagte der Polizei nicht eingereicht und er sei nach Schluß des Zweigvereins Mitglied geblieben. Darnach sei er im Sinne der Anklage schuldig. Der Staatsanwalt beantragte 4 Wochen Gefängnis und 30 M Geldstrafe, sowie Schließung des Staßfurter Zweigvereins. Der Verteidiger Rechtsanwalt Freudenthal plaidierte in längerer Rede auf Freisprechung. Er erklärte, es könne zunächst der Angeklagte nicht bestraft werden, weil er nach der polizeilichen Schließung Mitglied des Allgemeinen deutschen Bergarbeiter-Verbandes durch Beitritt in Schwesig geworden, da die Schließung doch nur sich auf den angeklagten Zweigverein in Staßfurt erstrecke. Es fehle jedoch auch jede tatsächliche Grundlage für die sonstigen dem Angeklagten zur Last gelegten Vergehen. Es liege nur fest, daß sich in Staßfurt ca. 300 Mitglieder zum Allgemeinen Bergarbeiter-Verband gemeldet hätten, daß aber diese Mitglieder zu Staßfurt durch gemeinschaftlichen Willensanschluß zu einander in Beziehung getreten, und auf diese Weise in Staßfurt einen Verein, sog. Zweigverein, gebildet hätten. Selbst wenn man davon ausgehe, daß in Staßfurt ein Zweigverein gebildet gewesen wäre, so habe weder dieser noch der Zentralverband einen politischen Charakter. Die Zwecke, welche der Verband verfolgte, seien an sich nicht politischer Natur, sie würden dieses erst, wenn sie zum Problem der staatlichen Gesetzgebung gemacht würden, aber der Verband wolle doch nicht seine Zwecke mittelst der staatlichen Gesetzgebung, sondern durch ein Zusammenwirken mit den Arbeitgebern erreichen. Nach einständiger Vernehmung verurteilte der Vorsitzende das Erkenntnis dahin: Der Gerichtshof sei dem Verteidiger dahin gefolgt, daß er nicht annehme, der Angeklagte habe sich nach der polizeilichen Schließung an dem Zweigverein in Staßfurt beteiligt; von diesem Anklagepunkte sei er freizusprechen, im Uebrigen jedoch verurtheilt, da angenommen sei, daß in Staßfurt ein Verein sich gebildet, dieser sowie der Zentralverband politischer Natur gewesen. Wenn dieses auch nicht aus dem Statut hervorgehe, so bewirke doch die Macht der Verhältnisse, daß der Verein zu einem politischen würde. Es sei auf eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen und auf 30 M Geldstrafe erkannt, so wie die definitive Schließung des Vereins ausgesprochen mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit der Bestrebung und die Verfahrnung, welcher die Bergarbeiter durch Leute wie der Angeklagte ausgesetzt sind. Gegen dieses Urtheil hat der Angeklagte durch den Rechtsanwalt Freudenthal Revision einlegen lassen.

Vor dem Schöffengericht in Hildorf hatte sich am 2. Oktober der Redakteur des „Vereinsanzeigers“ Joseph Hohlwegler wegen öffentlicher Beleidigung des Malers Johannsmeyer zu verantworten. Die Vorgeschichte dieses Prozesses geht bis in das vorige Jahr zurück. In dieser Zeit war der Maler Johannsmeyer Kassirer des in Wernigerode bestehenden „Malervereins“. Der letztere beschloß nun im verfloßenen Jahre, dem „Zentralverband deutscher Maler“ beizutreten resp. sich in eine Filiale desselben zu verwandeln. Durch diesen Beschluß ging das gesammte Vereinsvermögen in den Besitz der neuen Filiale über. Der Kassirer Johannsmeyer

indessen mochte sich, wahrscheinlich von den Meistern Wernigerodes beeinflusst, in die Sache nicht fügen. Ihm war der Zentralverband, wie er angab, „wegen der sozialdemokratischen Streikgeschichten“ verhasst, ja er erlab heimlich sogar von 4 Mitgliedern Beiträge für den ehemaligen „Malerverein“ welcher und lieferte auch einen Beitrag von 25,15 nicht an die neue Filiale ab. Das Bestehen dieser Besten nun war, zum Theil in Folge der Machinationen und Intriguen des Johannsmeyer, nicht von langer Dauer. Dies veranlaßte nun den Genossen Hohlwegler, einen Bericht im „Vereinsanzeiger“ Raum zu geben, durch welchen der Maler Johannsmeyer des Verhältnisses an der gemeinsamen Sache und der Unterschlagung beschuldigt wurde. Auf Antrag des J. leitete das Amtsgericht Hildorf gegen Hohlwegler als verantwortlichen Redakteur des in Berlin-Hildorf erscheinenden „Vereins-Anzeigers“ das Strafverfahren wegen öffentlicher Beleidigung ein. Zwei Mal schon mußte die Verhandlung vertagt werden. Das zweite Mal, weil der als Zeuge geladene Vorsitzende des „Zentralverbandes deutscher Maler“ Wilhelm Schweiger, nicht erschienen war. Er wurde dafür in eine Geldstrafe von 50 M genommen, auch wurden ihm die Terminkosten zur Last gelegt. Zu der Sitzung am Freitag waren als Zeugen geladen: Der Maler Fölsch aus Lübeck, früher Vorsitzender des „Maler-Vereins“ und der Filiale des Maler-Verbandes in Wernigerode, der Genosse Schweiger und der Maler Johannsmeyer, zur Zeit in Berlin. Bei seiner Vernehmung machte der letztere derartig konfuse Aussagen, daß der Richter selbst bezaubert, mit solchen Lumpereien sich herumzuschlagen zu müssen. Unter Anderem bestritt Johannsmeyer, daß der „Malerverein“ in Wernigerode dem Zentralverbande beigetreten sei, während der Genosse Fölsch den erfolgten Beitritt mit aller Bestimmtheit bekräftigte. Auf Schweiger's Zeugniß wurde seitens des Gerichtshofes und der Vertheidigung, welche in den bewährten Händen des Rechtsanwaltes Heine lag, verzichtet. Und will das von Seiten des Gerichtshofes etwas seltsam bedünken, da doch Schweiger wegen seines Ausbleibens im 2. Termine zu der erwähnten Geldstrafe verurtheilt worden. Nach längerer, lebhafter Erörterung, in welcher auch der Zentralverband deutscher Maler“ als sozialdemokratisch hingestellt wurde, vermachte das Gericht von dem Johannsmeyer nicht die Ueberzeugung zu gewinnen, daß er sich der Strafbarkeit seiner als Unterschlagung gekennzeichneten Handlungsweise bewußt gewesen. Es mußte in Folge dessen die Verurtheilung Hohlwegler's, der selbst lebhaft für seine Freisprechung eintrat, erfolgen, doch wurde angeordnet, daß nicht besonders noblen Handlungsweise des Johannsmeyer die Strafe auf nur 3 M ev. 1 Tag Haft festgesetzt, dem Beleidigten aber die Publikationsbefugniß des Erkenntnisses im „Vereinsanzeiger“ zugesprochen. Der Staatsanwalt hatte 50 M beantragt. — Wir wollen noch hervorheben, daß der Angeklagte den Zentralverband deutscher Maler entschieden gegen den Vorwurf sozialdemokratischer Tendenzen und des Politiktreibens verwahrte. Der ganze Prozeß dürfte für alle gewerkschaftlichen Korporationen eine Mahnung sein, bei der Wahl der Vorstandsmitglieder die größte Vorsicht obwalten zu lassen, damit Elemente, wie der Maler Johannsmeyer, aus ihrer Mitte fern gehalten werden.

Vermischtes.
Die deutsche Gewerkschafts-Organisation. Die Generalkommission hat Ende v. J. eine Statistik über die Gewerkschafts-Organisationen aufgenommen, die sie jetzt zur Veröffentlichung bringt. Dieselbe erstreckt sich auf 53 Vereine, die wir in Folgendem nebst Angabe der Mitgliederzahl und der (m. gleich monatlichen, w. gleich wöchentlichen) Beiträge in Pfennigen auflisten: Bäcker 983 — 30 M., Barbieren (Gehilfen) 2, Barbieren (selbst) 240 — 60 M. (als Verbandsbeitrag der einzelnen Vereine pro Mitglied und Jahr), Bergleute, Westf. 58,000 — 30 M., desgl. Sachsen 70,20 — 20 M., desgl. Schlesien?, Bildhauer 3169 — 20 M., Böttcher 4600 — 30 M., Buchbinder 3000 — 40 M., Buchdrucker 17,500 — 50 M. (22 Gauen), Bürstenmacher 1000 — 50 M., Zigarrensortierer 700 — 25 M., Dachdecker 571 — 20 M. (nur in den 36 Sommerwochen), Drechsler 2700 — 50 M., Fabrik- und Hülsenarbeiter 3000 — 25 M., Fabrikarbeiterinnen 300 — 5 M. (regelm. Streikbeitrag) und 20 M., Formschneider 464 — 10 M., Gärtner 700 — 15 M., Lohgerber 1500 — 15 M., Welscher 1700 — 20 M., Glaser 1440 — 35 M., Glasarbeiter 945 — 10 bis 20 M. (verschiedene Beitragshöhe und Unterstützung), Glacéhandschuhmacher 2100 — 25 M., Goldarbeiter 1840 — 10 M., Hafensarbeiter 6000 — 40 M., Holzarbeiter 800 — 40 M., Guttmacher 3000 — 45 M., Korbmacher 1860 — 7/2 M., Kürschner 1100 —

40 M., Kupferschmiede 2845 — 25 M., Maler 8126 — 10 bis 15 M. (im Winter 10, im Sommer 15 M.), desgl. Wahren 500 — 10 bis 15 M., Mechaniker 670 — 20 M., Müller 2980 — 15 M., Wästerinnen? — 50 M., Sattler 1791 — 15 M., Schiffszimmerer 1022 — 10 M., Schloffer 1200 — 15 M., Schmiede 3000 — 15 M., Schneider 9500 — 15 M. (außerdem wöchentlich 5 M. Streikbeitrag), Schuhmacher 13,000 — 10 M., Seiler 281 — 60 M., Steinmehrer 4000 — 10 M. (Beitrag an die Verbandsklasse), Steinseher 2095 — (Beitrag ist den einzelnen Vereinen überlassen), Stellmacher 801 — 10 M., Tabakarbeiter 16,000 — 10 bis 20 M. (10 M für weiblich, 20 M für männl. Mitglieder), Tapezierer 1900 — 10 M., Tischler 17,600 — 10 M., Vergolder 1170 — 15 M., Werftarbeiter 1800 — 15 M., Ziegler 900 — 10 M., Zimmerer 11,000 — 10 M. (außerdem ein Streikbeitrag von 1 M für jede Mark Arbeitsverdienst), desgl. Südbenische) 500 — 10 M. — Ein Vertrauensmännerhystem besaßen Bauarbeitende mit 2000, Maurer mit 33,447, Metallarbeiter mit 33,214 (jezt bekanntlich zentralisirt), Stukkateure mit 2, Töpfer mit 4806 Mitgliedern. — Arbeitslosenunterstützung zahlen 9 Vereine. Das Vereinsorgan erhalten vom Vereine die Mitglieder von 28 Vereinen, während 17 Vereine dasselbe im Abonnement abgeben. Die Gesamtmittelgliederzahl der 53 Vereine beträgt hierauf 227,733, während 73,486 durch Vertrauensmänner zusammengehalten werden. Der „Correspondent“, dem wir Vorstehendes entnehmen, bemerkt dazu: „Diese Ziffern, die nach der Abhaltung des Gewerkschaftskongresses vervollständigt werden sollen, zeigen, daß von einer eigentlichen Gewerkschaftsbewegung in Deutschland kaum die Rede sein kann. Das würde ganz besonders hervortreten, wenn den Mitgliederzahlen der ungefähre Stand der Zahl der gesammten Arbeiter der betreffenden Gewerbe beigefügt würde. Auch müßten bei einer derartigen Zusammenstellung die Tisch-Dunker'schen Vereine mit aufgeführt werden.“ Ueber die letzteren enthielt der „Correspondent“ folgende Angaben: Gewerbeverein der Bergarbeiter mit 963 Mitgliedern, Bauhandwerker 1821, Bildhauer 445 (die wenigsten davon sind jedoch Bildhauer), Zigarrenarbeiter 1064, Fabrik- und Handarbeiter 10,500, Kaufleute 1816, Konditoren 534, Klempner und Metallarbeiter 2622, Rithographen 1429, Maschinenbau- und Metallarbeiter 22,528, Porzellanarbeiter 4922, Schneider 2378, Schuhmacher 4115, Schiffszimmerer 179, Stuhlarbeiter 3809, Tischler 5054, Töpfer 830, Vergolder 20, Weisschneider 45, in Summa 19 Vereine mit 63,571 Mitgliedern.

Was eine englische Gesellschaft heißt, schildert die Zürcher „Arbeiterstimme“ in einem Auszug aus dem Jahresberichte der englischen Maschinenbauergewerkschaft, der „Amalgamated Society of Engineers“ vom Jahre 1890. Die „Amalgamated Society of Engineers“ ist eine der ältesten und sowohl in Bezug auf ihre Mitgliederzahl, als auch hinsichtlich ihrer finanziellen Mittel eine der stärksten englischen Gewerkschaften. Das Gebiet derselben erstreckt sich über ganz Großbritannien, Nordamerika, Australien und die britischen Kolonien, sogar in Frankreich und Spanien besteht je eine Sektion. Sie umfaßt die Arbeiter aller Spezialberufe, welche in der Maschinen-Industrie thätig sind, als: Maschinenbauer, Monteure, Schmiede, Dreher, Messingdreher, Kupferschmiede, Hülsenarbeiter, Formner, Hobler, Bohrer, Zeichner, Modellschreiner, Sacktrier u. s. w. u. s. w. Neben ihr bestehen freilich noch fünf andere Gewerkschaften, die sich aus Arbeitern der Maschinenindustrie rekrutiren; aber einige derselben tritten ein kümmerliches Dasein. Die „Dampfmaschinenarbeiterunion“, welche schon im Jahre 1824 gegründet wurde, zählte 1853: 1313 und Ende 1887 erst 5080 Mitglieder. Die übrigen nennen sich: „Vereinigte Mechaniker“, Verbindung der Metallhobler“, „Vereinigte Union zum Schutze der Hammerhämmer, Maschinenbauer, Maschinenisten und Hülsenarbeiter“ und die „Nationale Vereinigung der Maschinenbauer.“ Die „Amalgamated Society of Engineers“ wurde gegründet im Jahre 1851 und zählte schon am Ende selbigen Jahres 11,829 Mitglieder. Ende 1890 betrug die Zahl der Sektionen 498 und diejenige der Mitglieder 67,928 (Ende Juli d. J. wurde die Zahl von 70,000 überschritten). Das Totaleinkommen im Rechnungsjahre belief sich auf 4,586,731 Franken, wovon nur an Beiträgen Fr. 4,208,750. Der wöchentliche Beitrag ist seit 1889 auf 1 sh = Fr. 1,25 fixirt, während er früher 1 sh 3 d. = Fr. 1,60 betrug. Die Ausgaben weisen eine Summe von 3,843,488 Fr. 50 Cts. auf. Der Kassenbestand zeigt 5,987,734 Franken. Das ergibt auf das Mitglied Fr. 88,10. In dieser Summe ist der Werth der der Gewerkschaft gehörenden Bureau in London und Manchester nicht inbegriffen. An Unterstützung für Arbeitslose wurden ausgegeben Franks 731,537,30; an Unterstützung für Kranke Fr. 890,493,55, ohne die ärztlichen Unter-

stützungen, Krankenbesucher u., deren Kosten sich auf Fr. 113,677,40 belaufen. An Alters-Unterstützung wurde ausbezahlt Franks 1,069,451,60; an Verunglückte, welche entweder ein Glied oder ein Auge u. verloren haben, Fr. 46,260. Die Unterstützung an häusliche Mitglieder betrug Fr. 58,093; die Begräbniskosten (914 Mitglieder und 424 Frauen von Mitgliedern) Fr. 200,980. (Beitragig sei hier das Durchschnittsalter angegeben: der Männer 50 1/2, der Frauen 42 Jahre.) Für Streiks im Bereiche der Maschinenindustrie wurde ausgegeben: Fr. 60,385,20; für Streiks in andern Gewerben Fr. 78,767,50. Hervorzuheben sind die Ausgaben für Besoibungen an die Behörden der Union: Sektionsvorstände Fr. 51,133,85, Zentral- u. Lokalstritskomittees Fr. 58,237,—, Sektionssekretäre, Stab des Generalbureau und die Buchhalter des Arbeitsvermittlungsbureau Fr. 101,083,50, Kassirer und Rechnungsbuchhalter 31,162,60. Diese Ausgaben, so groß sie auch erscheinen mögen, haben stattgefunden in einem Jahre, welches der Gewerkschaft nicht solche Kämpfe gebracht hat, wie frühere Jahre und wie sie dieselbe die Zukunft bringen wird. So sei hier beispielsweise angeführt, daß der Kampf um den Feinstundentag im Jahre 1871 die Union 235,000 Pf. oder 5,875,000 Fr. gekostet hat. Daß die Gewerkschaft nicht bloß die eigenen Interessen pflegt, sondern auch die Bestrebungen anderer Berufsarten kräftig unterstützt, beweist die oben angeführte Summe für Streikunterstützung.

An die Metallarbeiter der Provinz Hannover, der Herzogthümer Braunschweig und Oldenburg.

Da ich bis dato vergebens auf eine Zuschrift betreffs einer Konferenz gewartet habe, theile ich den Genossen mit, daß die Konferenz nunmehr am Sonntag, den 15. November cr., Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Schulenburg, Köpplerstr. 11, Hannover, stattfindet. Tagesordnung: 1) Bericht und Abrechnung des Bezirksvertrauensmannes. 2) Wahl des Vertrauensmannes. 3) Anträge der Delegirten und Verschiedenes. Es ist nun Pflicht der Metallarbeiter cogenannter Bundesstädte, hierzu Stellung zu nehmen, und eruche ich die Delegirten, mir eventl. ihre Anmeldung schon vor der Konferenz zugehen zu lassen.

G. Weirich, Linden, Falkeustr. 62.

Delegirtenstag der Metallarbeiter Thüringens.

Derselbe findet Sonntag, den 1. Novbr. in Erfurt, im Gasthaus zum „St. Gotthardt“, Gotthardstraße 46, statt. Diejenigen Kollegen, welche als Delegirte gewählt sind, werden ersucht, bei Unterzeichnetem sich anzumelden.

Altenburg.
 Mit kollegialem Gruß!
 Paul Gebauer, Eisenstr. 5.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Metall-Arbeiter „Vulkan“
 (G. S. 89).

- Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln.**
- Nr. 17615. Friedr. Schöffel.
 - 17606. Friedr. Lang.
 - 17562. Christian Deßner.
 - 1832. Friedr. Sträß.
 - 2722. Hermann Gombert.
 - 11264. Albert Wenzel.
 - 1894. Rudw. Samulski.
 - 1993. Friedr. Pintsch.
 - 2339. Hermann Fehlow.
 - 2604. Paul Weitzer.
 - 2598. Karl Borneth.
 - 20069. Franz Hanntg.
 - 13144. Philipp Stier.
 - 19146. Andreas Heib.
 - 9308. Gustav Gtz.
 - 21404. Leopold Wäfer.
 - 21387. Wilh. Engelschmidt.
 - 8437. Wllh. Zimmer.
 - 18826. Anton Jung.
 - 18833. Friedr. Büger.
 - 14245. Geur. Straßhe.
 - 21240. Geur. Berning.
 - 14340. Jakob Wingarb.
 - 12853. Ferd. Reinde.
 - 18890. Fr. Alois Fang.
 - 18895. Gust. Rathfelder.
 - 19801. Stephan Lehnhardt.
 - 3871. Karl Dietrich.
 - 5702. Otto Seckelmann.
 - 22103. Emil Wäsdorf.
 - 17966. Karl Klump.
 - 7708. Karl Bräunie.
 - 4647. C. Brüggemann.
 - 17918. Karl Stiefens.

- Nr. 4842. Emil Heller.
- 4878. Johannes Raut.
- 7763. Karl Baumann.
- 7748. Helmut Dikel.
- 7779. Aug. Dillmann.
- 12542. Friedr. Alievgot.
- 9650. Aug. Schwarzenmüller.
- 5109. Hermann Krauß.
- 17927. Franz Jödling.
- 15188. Nikolaus Fleisch.
- 14605. Nikolaus Schmitz.
- 10815. Gust. Hegenfeld.
- 5700. Johann Steiner.
- 5912. Jul. Depireux.
- 9188. Georg Schmidt.
- 9118. Joh. Magnussen.
- 9186. A. Nedermann.
- 9194. Johann Westinger.
- 9258. Johann Weik.
- 15919. Wilh. Funf.
- 15688. Franz Hagenberg.
- 10485. Friedr. Bergmann.
- 10287. Karl Seidel.
- 20217. Bruno Andree.
- 18124. Albert Müller.
- 14849. Wilh. Eggers.
- 14867. Joseph Löh.
- 14901. Peter Willkommfeld.
- 14926. Johann Olders.
- 14956. Aug. Köfing.
- 17050. Adolph Aufschbach.
- 17026. Heinr. Waldrich.
- 19547. Wilh. Bruch.
- 7980. Karl Kienert.
- 7964. Friedr. Bängensfeld.
- 10729. Chr. Domm.
- 8243. Jakob Käfers.
- 8196. Jakob Schneider.
- 8184. Otto Krüger.
- 8256. Heur. Flehr.
- 19663. Karl Hüppler.
- 16631. Heinr. Benz.
- 18991. Magnus Laß.
- 17866. August Fehner.
- 16074. Friedr. Gohn.
- 21097. Friedr. Thiemann.
- 7069. Johann Weiskirchen.
- 19635. Adalbert Müller.
- 20791. Adam Gumpert.
- 12486. Friedr. Schönstetter.

Verlorene Mitgliedsbücher.

- Nr. 888. Arno Voigt, eingetr. am 1. Okt. 1889 in Altdenburg.
- 9820. Johann Michel, eingetreten am 1. Oktober 1889 in Deuben.
- 10153. Wilh. Gosewinkel, eingetr. am 1. Okt. 1889 in Hamm a. L.
- 19035. Gottfried Bauer, eingetr. am 8. Aug. 1891 in Berlin 6.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart) J. H. B. Dieß' Verlag) ist soeben das 2. Heft des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Zum Erfurter Parteitag. — Auch ein Parvenu. — „Das Geld“ von Zola. Von Paul Safarac. — (Fortsetzung.) — Der Bauer und das Wild in Mecklenburg. Von Max Schippel. — Litterarische Rundschau. — Notizen. — Feuilleton: Ruben Sachs. Ein Charakterbild aus der jüdischen Gesellschaft Londons von Amy Leigh. (Fortsetzung.)

Zur Beachtung!

Wir machen darauf aufmerksam, daß die Abonnementsgelder für das vierte Quartal, sowie die noch restierenden für frühere Quartale bis Ende Oktober an uns eingesandt sein müssen, widrigenfalls die fernere Zusendung der Zeitung unbedingt eingestellt wird.

Die Expedition.

Briefkasten.

Stralsund. Für unser Gewerkschaftsblatt doch nicht geeignet, wenn wir die geschriebene Handlungsweise auch selbstverständlich beurteilen.

Berlin. Wir glauben nicht, daß außer Ihnen noch ein Leser auf den Gedanken gekommen ist, daß durch den Artikel der „Tischlerzeitg.“ jeder Vertrauensmann als Betrüger hingestellt wird, denn der Wortlaut schließt das vollständig aus. Nur richtig lesen!

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Altona.
(Sektion der Klempner u. v. Berufsg.)
Bevollmächtigter: S. Buggager, Georgstraße 60. Kassierer: E. Krümmen, Brunnenstraße 168, Ditzschen. Versammlungen alle 14 Tage, Dienstag, bei Narjes, Blumen-

Straße 41. Ebenfalls Arbeitsnachweis und Herberge.

(Sektion der Schlosser, Maschinenb. u. v. B.)
Bevollmächtigter: Hermann Hoffmann, 11. Bornstr. 28, 2. St. Kassierer: Karl Grote, gr. Rainstr. 82, Haus 9. Versammlungen jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat bei Narjes, Blumenstr. 41. Ebenfalls Arbeitsnachweis und Herberge.

Verwaltungsstelle Hamburg.
(Sektion aller in Geißgiebereien, Gürtlereien und Metallbrechereien beschäftigten Arbeiter.)

Bevollmächtigter: Otto Schulz, Grüner Sood 47. Kassierer: Istar Albrecht, Kielerstraße 29, Haus 19, 2. St. Versammlungen jeden 1. und 3. Mittwoch im Monat bei v. Salzen, Caffamacherreihe 6/7. Ebenfalls Arbeitsnachweis und Herberge.

(Sektion der Klempner u. v. B.)
Bevollmächtigter: A. Hell. Kassierer: G. Hemme. Herberge, Arbeitsnachweis und Verlehrslokal bei Reising, Schoppensteil 22. Briefe und Sendungen unter gleicher Adresse. Versammlungen: Dienstags bei Wöylte, Valentinskamp 42.

(Sektion der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher, Uhr. Instrumentenmacher u. v. B.)
Bevollmächtigter: H. Schilde-Eisbet, Nagelstraße 38, 1. Kassierer: Th. Necke, Darmb., Volkshofstr. 44. Versammlungen?

(Sektion der Schlosser, Maschinenbauer, Dreher und in diesen Branchen beschäftigten Hilfsarbeiter.)
Bevollmächtigter: P. Weinheber, Kastanien-Allee, 40, 3. Kassierer: A. Duellmalz, Nagelsweg 43, 4. Versammlungen?

Das Reisebüro aller vorbenannten Zweigvereinigungen wird täglich Vor- und Nachmittags von 8-2 und 5-8 Uhr, Sonntag von 10-1 Uhr ausbezahlt von G. Hemme, Schoppensteil 22. Ebenfalls selbst werden für alle Sektionen, außerdem aber bei den Kassirern für jede entsprechende Sektion vorstehend benannter Berufe Mitgliederaufnahmen vollzogen.

Altona. Dienstag, 20. Okt., gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Sektionen der Klempner etc. und der Sektion der Schlosser und Maschinenbauer etc. bei H. Narjes, Blumenstr. Die Mitglieder werden ersucht, aus ihrer Passivität herauszutreten und die Versammlungen besser zu besuchen.

Dortmund. Sonntag, 18. Oktober, Versammlung. L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Herrn Dr. Franz Dieberich. Nachher: Gemütliches Beisammensein. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und ihre Damen mitzubringen.

Flensburg. Sonnabend, 24. Oktober, Abends halb 9 Uhr, Mitgliederversammlung im Vereinslokal, bei W. Jost.

Frankfurt a. M. (Sektion b. Spengler.)
1. Stiftungsfest am Sonnabend, den 17. Oktober, Abends 8 Uhr im Meriantaal, verbunden mit Konzert, komischen Vorträgen und Tanz, unter freundlicher Mitwirkung des Gefangenenvereins Amicitia, wozu wir sämtliche Kollegen und verwandte Berufsangehörige freundlichst einladen. Das Komité.

Frankfurt a. M. Donnerstag, den 22. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Kühnauer, Gr. Gallusgasse 2, 1, 3. gemeinschaftliche Versammlung aller Verwaltungen. L.-D.: Vortrag über die Produktivität des Kleinhandwerts. Referent Herr Westphal. Errichtung einer gemeinschaftlichen Bibliothek und Bescheidens. Verschiedenes.

Frankenhal. Montag, 19. Oktober, Abends halb 9 Uhr, im oberen Saale von S. Groch, Mitgliederversammlung.

Öppingen. Samstag, 17. Oktober, Abends 8 Uhr, Versammlung im Lokal Hirsch. Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Beiträge Sonntags nicht mehr im Lokal, sondern bei unserm Kassierer, Boreder Carlstr. 54, eingezogen werden.

Hamburg. (Sektion aller in Geißgiebereien, Gürtlereien und Metallbrechereien beschäftigten Arbeiter.) Mittwoch, 21. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei v. Salzen, Caffamacherreihe 6-7, Mitgliederversammlung. Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht und ist zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Hamburg. (Sektion der Klempner und verw. Berufsangehörigen.) Mitgliederversammlung, am Dienstag, 20. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Wöylte, Valentinskamp. Von 8-9 Uhr Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge. Wer noch nicht im Besitz eines Verbandsbuches ist, wolle gefälligst dasselbe in Empfang nehmen. — Sonntag, den 18. Oktober, im Lokale des Herrn Boldt, Schlachterstr., Unterhaltungsabend, arrangiert von der Sekretariat der Sektion. Die Mitglieder mit ihren Damen sind freundlichst eingeladen.

Hannover. Dienstag, 27. Oktober, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Hannover. Montag, 19. Okt., Abends

halb 9 Uhr, im großen Saale des Rathhof, Metallarbeiter-Versammlung. L.-D.: Die wirtschaftliche Umwälzung durch die Elektrotechnik. Vortrag des Herrn A. Paul. Regelung der Beitragskolportage. Verschiedenes und Fragekasten.

Heilbronn. Montag, 19. Okt., Versammlung im Lokal (Post). L.-D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Kiel. Dienstag, 20. Oktober, Abends 8 Uhr, bei J. Wurm, Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Abrechnungsvorlage von den Liquidations-Kommissionen der Schlosser-, Klempner- und Feilenhauerfachvereine. Bericht der Herbergs-Kommission. Wahl der Beitragskolportage. Fragekasten. Verschiedenes.

Lübeck. Mittwoch, 21. Okt., Abends halb 9 Uhr, bei Marzahl, Lederstraße 3, Versammlung. L.-D.: Vortrag des Herrn Naturheilkundigen J. Harbeck über die Vorzüge der Naturheilkunde.

Lüdenscheidt. Sonntag, 18. Oktober, bei Gastwirth A. Schmale, Zimmer rechts, Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß alle 14 Tage die Beiträge von 11-12 Uhr Vormittags erhoben werden, und alle Monat am ersten Sonntag eine Mitglieder-Versammlung stattfindet.

Magdeburg. (Sektion der Feilenhauer u. verw. Berufsgen.) Sonntag, 25. Okt., Nachm. 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei D. Hoge, Braunschweigstraße 3. Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.

Nürnberg. (Sektion der Zingießer.) Montag, 19. Okt., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal „Mitterjaal.“

Nürnberg. (Sektion der Former.) Der Arbeitsnachweis befindet sich nicht mehr im „Gasthaus zum wilden Mann“, in Wöylte, sondern Glasbannauer 1, St. Peterstr. 41, bei Kollege Breitschuh. Arbeitsvermittlung Mittags von 12-1 Uhr. Abends von 7-8 Uhr. Umschauen streng verboten.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede.) Samstag, 26. Okt., Abends halb 9 Uhr im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gemacht. — Sonntag, 25. Okt., Vormittags 10 Uhr im Café Merl, öffentliche Schmiede-Versammlung, wozu alle Kollegen eingeladen sind. L.-D.: Die Gewerkschafts-Organisation der Schmiede. Referent: Herr Siebert. Sonntag, Nachm. 4 Uhr, „Wirtschaft zur Erholung“, Wöylder Kirchhofstraße.

Nürnberg. (Sektion der Feiger etc.) Samstag, 17. Oktober, Abends, Mitglieder-Versammlung im Lokal „Meistertrunk.“ L.-D.: Rechnungsablage und Regelung des Einkassierens. Verschiedenes.

Nürnberg. (Sektion d. Metallzugiindustrie.) Sonntag, 18. Okt., Ausflug nach Günthersbühl. Zusammenkunft früh 8 Uhr am Laufertthor; bei ungünstiger Witterung Vorschlag in die Restauration zur „Stadt Spalt“, Sacharincngasse. — Montag, 19. Oktober, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung.

Peine. Dienstag, 20. Oktober, Mitglieder-Versammlung im Lokal des Herrn Raue. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gemacht. — Bevollmächtigter: A. Schumacher, Former, Schenstr. 6; Kassierer: Herm. Juche, Wöyldorferstr. 12. Alle 14 Tage Dienstag Versammlung im Lokal des Herrn Raue.

Obernjesel. Samstag, 17. Okt., Abends präzis 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L.-D.: Neuwahl eines Bevollmächtigten und Kassierers. Wahl einer Liquidations-Kommission. Verschiedenes. Das Mitglied B. Grunne wird hiermit aufgefordert, unbedingt in der Versammlung zu erscheinen, um uns die Gründe seines Antrages von der vorigen Versammlung klar zu legen, da Genosse J. Sp. auch erschienen wird, um sich zu rechtfertigen. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung fordern wir auf, zahlreich zu erscheinen.

Ohligs, Wald u. Solingen. Sonntag, 18. Okt., Nachmitt. 5 Uhr, bei Herrn Emal Schmitz in Dümmlinghofen, große öffentliche Mitglieder-Versammlung obiger Verwaltungenstellen. L.-D.: Vortrag über Zweck und Nutzen des deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Agitation. Verschiedenes. Wir ersuchen die Kollegen, recht pünktlich und zahlreich zu erscheinen. Für die Ohligser Kollegen Abmarsch um 4 Uhr vom Vereinslokal Wohlgenuth aus, für die Solinger Kollegen Abmarsch um 4 1/4 Uhr vom Vereinslokal Bierlich und Schmidt, Wangenberg, aus.

Ravensburg. Samstag, 17. Okt., Abends 8 Uhr, im Lokal (Schneider, zur „Lud.“) gemeinschaftliche Hauptversammlung der beiden Sektionen (Former und Metallarbeiter). L.-D.: Auflage und Aufnahme. Regelung der Aufslag- und Einzahltage. Wie agitiert man? Banoer-Unterstützung. Verschiedenes. Pflicht aller Mit-

glieder ist unbedingt und präzis Erscheinen. — Zur Beachtung für reisende Kollegen. Die Wanderunterstützung wird ausbezahlt Mittags von 12-1 Uhr und Abends von 6-7 Uhr bei Jos. Elser, Honers Neubaun 8.

Reutlingen. Samstag, 17. Oktober, Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung, im Lokal. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.

Stuttgart. Samstag, 17. Oktober, Abends 8 Uhr, im „Württembergischer Hof“, Leonhardsplatz, Generalversammlung. L.-D.: Vortrag. Bericht des Bevollmächtigten. Kassenbericht. Ersatzwahl für die Ortsverwaltung. Fragekasten und Verschiedenes.

Schnitzling Hoos. Samstag, 24. Okt., Abends 8 Uhr, im Vereinslokal, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gemacht.

Schwerin i. M. Das Verkehrslokal befindet sich: Gr. Moor 49, bei Carl Dgorsoke. — Zugleich machen wir auf den Klempner Magnus Bent aufmerksam, da derselbe wegen Festsetzung der Beiträge gestrichen ist.

Uelbert. Sonntag, 18. Oktober, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. Tagesordnung wird im Lokal bekannt gegeben.

Wurzen. Josef Worn, Nr. 13261, und Alfred Brehne, Nr. 20477, werden daran erinnert, ihren Verpflichtungen gegen den Metallarbeiter-Verband in Wurzen nachzukommen. Alle Briefe etc. sind an Jg. Schüller, Lorgauerstr. 18, zu adressieren.

Wurzen. (Metallarbeiterverein.) Unsere Vereinsversammlung findet vom 12. Okt. ab regelmäßig alle 14 Tage im Hotel „Stadt Wien“ statt, worin zugleich Aufnahme neuer Mitglieder und Entgegennahme von Beiträgen stattfindet. Die Mitglieder werden um zahlreiches Erscheinen ersucht.

Anzeigen.

Es ist erschienen:

Protokoll des allgemeinen Deutschen Metall-Arbeiter-Kongresses

und der Kongresse der Klempner, Schlosser, Former, Feilenhauer und Mechaniker zu Frankfurt a. M. 1891.

7 1/2 Bogen (124 Seiten). Preis 20 Pf. Bestellungen sind umgehen zu richten an den „Deutschen Metallarbeiter-Verband“, Stuttgart. Kurznr. 3.

Aufforderung. Unterzeichnete fordert hierdurch den Gehilfen Oskar Müller aus Weidau auf, seinen Verpflichtungen dem Verein der Geißgießer u. Gürtler zu Leipzig gegenüber nachzukommen und das aus der Bibliothek entnommene Buch umgehend abzuliefern. Es werden alle Koll gen ersucht, denselben aufmerksam zu machen und seine Adresse uns bekannt zu machen.

Otto Bräunlich, Leipzig, Sidonienstr. 39.

Aufforderung. Ich ersuche den Schlosser Christian Krauß aus Wangenhalbach, geb. 6. Deabr. 1871, seinen Verpflichtungen der Verwaltungsstelle Peine gegenüber nachzukommen und ersuche die Bevollmächtigten der Verwaltungenstellen, mir seine Adresse zukommen zu lassen.

Der Bevollmächtigte: A. Schumacher, Former, Peine in Hannover, Bahustr. 6.

Herr Robert Liebeskind wird aufgefordert, seinen fehligen Aufenthalt kund zu geben. Die Kollegen werden ersucht, seine Adresse hierher zu berichten.

Carl Schmelzer, Leipzig, Albrechtstr. 44.

Die Kollegen in Norddeutschland werden freundlichst ersucht, falls ihnen die Adresse des J. Behringer, Metallarbeiter von Stein bei Nürnberg bekannt ist, dieselbe an die Expedition d. Bl. gelang zu lassen.